

INFORMATIONEN ZUR UMWELTPOLITIK

191

Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik

Jana Flemming, Ulrich Brand

The logo consists of the letters 'AK' in a bold, red, sans-serif font, centered within a white square that has a thin red border.The logo consists of the word 'WIEN' in a white, sans-serif font, centered within a solid red square.

Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik

Jana Flemming, Ulrich Brand

AutorInnen: Mag.^a Jana Flemming
Berlin, Doktorandin an der Universität Jena

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand
Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 7/2, 1010 Wien
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/>



Bearbeitung, Layout: Krisztina Hubmann (AK Wien)

Zu beziehen bei: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Abteilung Umwelt und Verkehr
1040 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22
Telefon: +43 1 / 501 65 2422
E-Mail: uv@akwien.at

Zitiervorschlag: *Flemming, Jana; Brand, Ulrich* (2017): Positionen internationaler Gewerkschaften
in der Klimapolitik
Informationen zur Umweltpolitik, 191
Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Stand: Januar 2017

*Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
1040 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22*

Druck: Eigenvervielfältigung

Verlags- und Herstellort: Wien

ISBN: 978-3-7063-0667-6

VORWORT

Eine Umsetzung der Ziele des Klimaabkommens von Paris erfordert nicht weniger als das Ende der Nutzung fossiler Energieträger, und zwar innerhalb weniger Jahrzehnte und auf globaler Ebene. Damit wird die kapitalistische Wirtschaftsweise fundamental in Frage gestellt. Das bedeutet gleichzeitig eine grundlegende Veränderung der Rolle der Erwerbsarbeit, und zwar nicht nur national, sondern auch in der internationalen Arbeitsteilung.

Es ist daher nur folgerichtig, dass sich Gewerkschaften mit den Entwicklungen der internationalen Klimapolitik intensiv auseinandersetzen. „Just Transition“ – zu Deutsch etwa „Gerechter Strukturwandel“ – wurde im Zusammenhang mit den vielfältigen Herausforderungen für die Zukunft der Arbeit zu einem Schlüsselbegriff.

Die vorliegende Studie untersucht, welche Positionen Gewerkschaften, insbesondere die supranationalen Gewerkschaftsverbände, auf der Ebene der internationalen Klimaverhandlungen einnehmen. Dabei zeigen sich immer wieder unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, etwa die Betonung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch „grünes Wachstum“, die Betrachtung von Energie als Gemeingut oder die Rolle der internationalen Entwicklung. Gemeinsam ist ihnen eine Sichtweise, die jenseits der nationalen Umsetzung der Klimaziele eine internationale Perspektive einnimmt und ganz bewusst Interessensgegensätze und Machtverhältnisse thematisiert.

In diesem Sinn ist der Kampf um die Verankerung des Konzepts der „Just Transition“ in den internationalen Klimaverhandlungen eine symbolisch wichtige Auseinandersetzung. Sie macht deutlich, dass Klimapolitik nicht Aufgabe einer unterschiedslosen Allgemeinheit ist, sondern dass auch in diesem Feld Fragen von Macht und Gerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen.

Die vorliegende Untersuchung wurde weitgehend vor der Klimakonferenz von Paris Ende 2015 erarbeitet. Das Klimaabkommen von Paris und die Umsetzungspläne, die von fast allen Staaten der Welt vorgelegt wurden, stellen ein Fundament dar, auf dem ein Wirtschaftsmodell errichtet werden muss, das ohne fossile Energieträger auskommt. Für ArbeitnehmerInnen – und damit für die Arbeiterkammer – ist es von überragender Bedeutung, wie dieser Prozess gestaltet wird. Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag dazu, dabei immer wieder die Verbindung zwischen der nationalen, der europäischen und der internationalen Ebene und die Machtverhältnisse auf diesen Ebenen in den Blick zu nehmen.

Christoph Streissler (AK-Wien)

Wien, im Februar 2017

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Kurzzusammenfassung

Zusammenfassung

Abkürzungsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Ziel und Inhalt der Studie	2
1.2	Institutionen und Verlauf der internationalen Klimaverhandlungen	3
2	Beschäftigungs- und gewerkschaftspolitische Themen auf den Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention	5
2.1	Die Klimarahmenkonvention	5
2.2	Beschäftigungspolitisch relevante Entscheidungen: Verankerung von „Gerechtem Strukturwandel“	6
2.2.1	COP 3 in Kyoto (1997)	6
2.2.2	COP 16 in Cancún (2010)	6
2.2.3	COP 17 in Durban (2011)	6
2.2.4	COP 18 in Doha (2012)	7
2.3	Workshops zu wichtigen Themen	8
2.3.1	Side Events bei COP 4 in Buenos Aires (1998) und bei COP 6 in Den Haag (2000)	8
2.3.2	Offizieller Workshop im November 2012 in Doha	8
2.3.3	Offizieller Workshop im Juni 2013 in Bonn	9
2.4	„Gerechter Strukturwandel“ (<i>Just Transition</i>) aus gewerkschafts- und zivilgesellschaftlicher Perspektive	11
2.4.1	Vorlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes	12
3	Gewerkschaften und Interessen von ArbeitnehmerInnen im UNFCCC-Prozess	15
3.1	Klimapolitik internationaler Gewerkschaften	15
3.2	Gewerkschaften in den internationalen Klimaverhandlungen	16
3.3	Positionen von Gewerkschaften: Gerechter Strukturwandel (<i>Just Transition</i>)	18
4	Gewerkschaftliche Positionen und Initiativen auf den Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention	21
4.1	Gewerkschaftliche Blockadehaltung zu Beginn des Verhandlungsprozesses	21

4.2	Kein Klimaschutz ohne die Unterstützung von ArbeitnehmerInnen	22
4.3	Sozial-ökologische Transformationsstrategien auf COP 10 (2004)	22
4.4	Klimafreundliche Energie und Technik	23
4.5	Die Klimakrise anerkennen	23
4.6	Bewältigung des Klimawandels durch Green Jobs	24
4.7	<i>Just Transition</i> gelangt in den Verhandlungstext der UNFCCC	25
4.8	Den gerechten Strukturwandel umsetzen – in Zusammenarbeit mit der ILO	29
4.9	„Walk Out“ unter Beteiligung der Gewerkschaften	30
4.10	Ein breiterer gesellschaftlicher Blick auf die Konsequenzen der Klimakrise	30
4.11	Vor und während der COP 21 in Paris	31
5	Anknüpfungspunkte zwischen der Klimagerechtigkeitsbewegung und Gewerkschaften	33
5.1	Climate Justice Movement	33
5.2	Climate Action Network (CAN)	35
5.3	Schlussfolgerungen	35
6	Fazit und Forschungsbedarf	37
7	Literaturverzeichnis	41
	Anhang I: Position der internationalen Gewerkschaften zur COP 10 (2004)	45
	Anhang II: IGB-Position zur COP 16 (2010)	49
	Anhang III: IGB-Position zur COP 22 (2016)	53

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Studie untersucht die inhaltlichen Positionierungen der internationalen Gewerkschaften gegenüber der Klimapolitik und ihren Folgen für Beschäftigte und Produktion. Der Fokus liegt hier auf Positionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Weiters wird anhand der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen dargestellt, welche Rolle beschäftigungspolitische Themen im Rahmen der Klimaverhandlungen spielen und wie die Gewerkschaften sich in diese einbringen. Der zentrale, von den Gewerkschaften vertretene Begriff ist der des „gerechten Strukturwandels“ (*Just Transition*).

ZUSAMMENFASSUNG

Die internationale Gewerkschaftsbewegung setzt sich seit Beginn der internationalen Klimapolitik, also seit Mitte der 1990er Jahre, mit dieser auseinander. Sie bringt sich über eigene Positionierungen ein, begleitet den Verhandlungsprozess und bemüht sich um Verbindungen zu den nationalen Gewerkschaften. Zentraler Akteur ist der 2006 gegründete Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) sowie seine Vorläuferorganisationen.

Die gewerkschaftlichen Positionierungen wurden inhaltlich und institutionell untersucht.

Inhaltlich achten die Gewerkschaften auf die Implikationen von Klimawandel und Klimapolitik für die Beschäftigten insgesamt und insbesondere für die Beschäftigten jener Branchen, die von effektiver Klimapolitik negativ betroffen sein werden. Sie thematisieren (fehlende) Arbeitsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten sowie die umfassenderen sozialen Dimensionen von Klimawandel und Klimapolitik. Die Gewerkschaften nehmen hier durchaus eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahr, wenn sie die Rechte und Lebensbedingungen der vom Klimawandel am ehesten betroffenen Menschen thematisieren.

Ein notwendiger Strukturwandel berücksichtigt durch die Schaffung guter und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze auch die Bedürfnisse der Beschäftigten, wobei es offener Diskussionen und guter Ansätze bedarf, wie mit den traditionellen und energieintensiven Industrien umgegangen werden soll. Zu den Schlüsselkomponenten sozial-ökologischer Veränderungen gehören solide Investitionen, die Untersuchung der Auswirkungen von Emissionsreduktionen, sozialer Dialog, Weiterbildung und Qualifizierung, soziale Sicherheit, lokale Analysen und ökonomische Diversifizierung. Hierbei spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Ambitionierte Klimapolitik nimmt sich der Ängste von Beschäftigten und BürgerInnen an und schafft damit größere Unterstützung für Veränderungen.

Gleichzeitig können Klimaschutzmaßnahmen auch Arbeitsplätze schaffen. Klimabezogene Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, öffentlichen Verkehr, Wassermanagement, nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft bieten vielfältige Möglichkeiten. Dies kann direkte positive Konsequenzen auf die Wert-

schöpfungsketten in diesen Sektoren haben. Außerdem werden Emissionsreduktionen und Anpassungspolitiken elementare Transformationsprozesse in die Arbeitswelt bringen, zum Beispiel in Sektoren mit hoher Energieintensität.

Es kam in den letzten Jahren zu einer deutlichen Ausweitung des klimapolitischen Themenspektrums, das von den Gewerkschaften angesprochen wurde: Aspekte der notwendig anderen Qualifikationen in einer klimafreundlichen Gesellschaft, eine als notwendig erachtete starke Rolle öffentlicher Unternehmen für eine effektive Klimapolitik, Fragen globaler, aber auch regionaler und nationaler Ungleichheit, Finanz-, Wissens- und Technologietransfers von Nord nach Süd wurden wichtiger. Die Gewerkschaften nehmen weiters zunehmend gesellschaftliche Bereiche in den Blick, die über Betrieb und Arbeitsplatz hinausgehen.

Die zweite in dieser Studie untersuchte Ebene ist die der institutionellen Politik, mit besonderem Fokus auf die internationale Ebene. Die Studie befasst sich vor allem mit beschäftigungs- und gewerkschaftspolitischen Themen im Kontext der Klimarahmenkonvention. Auf der COP 16 im Jahr 2010 in Cancún, also relativ spät, wurden von den Vertragsstaaten erstmals beschäftigungspolitisch relevante Entscheidungen angenommen. In jahrelangen Diskussions- und Lernprozessen hat sich der Begriff der *Just Transition* (gerechter Strukturwandel) als Leitbegriff gewerkschaftlicher Perspektiven und Forderungen etabliert. Damit werden die Komplexitäten des Übergangs in eine kohlenstoffarme und klimaresiliente Wirtschaftsweise sowie die dazu gehörigen Anforderungen an öffentliche Politik angesprochen. Im Zentrum der Diskussion um einen gerechten Strukturwandel stehen die Interdependenzen zwischen Klimawandel, Klimaschutz und Beschäftigung: Unregelmäßige Regenfälle z.B. beeinflussen Ernten in der Landwirtschaft und die Einkommen von ArbeitnehmerInnen. Die zunehmende Häufigkeit von Naturkatastrophen wirkt sich negativ auf Handwerks- und Dienstleistungssektoren aus.

Die Gewerkschaften beziehen sich mit ihrer Positionierung durchaus auf die veränderten internationalen Debatten und Kontexte. So wurde etwa in den letzten Jahren der Begriff der „Grünen Ökonomie“ wichtiger, auf den sich auch die Gewerkschaften beziehen; sie thematisieren, wie die Beschäftigten in diesen neuen Branchen organisiert sind. Auch das Leitbild einer „dekarbonisierten Wirtschaft“, das erst seit dem G7-Gipfel im Juni 2015 in Deutschland eine große Bedeutung erreichte, wird zum Gegenstand gewerkschaftlicher Ziele.

Insgesamt waren die internationalen Gewerkschaften auf der politisch-institutionellen Ebene jedoch weniger erfolgreich als auf der inhaltlichen. Sie forderten eine starke Beteiligung in der Formulierung von Klimapolitik, doch dies gelang nur punktuell. Die Pariser Klimakonferenz vom Dezember 2015 verdeutlichte nochmals, wie schwierig es ist, in den offiziellen Verhandlungen die Anliegen der Beschäftigten zu berücksichtigen und ihre Rechte zu stärken. Die Studie zeigt, dass wichtige blinde Flecken der internationalen Klimapolitik von den Gewerkschaften thematisiert werden: Die Auswirkungen des Klimawandels und klimapolitischer Maßnahmen auf Erwerbsarbeit und konkrete Branchen sowie die meist nicht-thematisierte Input-Seite des Klimawandels – nämlich die Produktion fossiler Energie – spielen in der Klimadiplomatie eine deutlich untergeordnete Rolle, werden aber von den Gewerkschaften zum Thema gemacht.

Die Studie legt unter anderen nahe, dass die aktuell zentrale Ebene gewerkschaftlichen Agierens im Hinblick auf einen sozial-ökologischen und gerechten Strukturwandel die nationalstaatliche Ebene ist, kaum aber die internationale. Die internationale Klimapolitik behält gleichwohl eine wichtige Rolle für die Entwicklung eines gemeinsamen Problemverständnisses, bei der gemeinsamen Ausarbeitung von Positionen und Strategien sowie in der Kritik der aktuellen internationalen Klimapolitik, die größtenteils davon ausgeht, dass eine klimafreundliche Gesellschaft ohne Rücksichtnahme auf die Anliegen der Beschäftigten und Gewerkschaften geschaffen werden könnte. Hier alternative Strategien zu entwickeln ist eine Hauptaufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADP	Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action
AFL-CIO	American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations
AWG-LCA	Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action
CAN	Climate Action Network
COP	Conference of the Parties
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EMB	Europäischer Metallgewerkschaftsbund
ETUC	European Trade Union Confederation
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
ICEM	International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions
ICFTU	International Confederation of Free Trade Unions – siehe IBFG
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
ILO	International Labour Organization
IMF	International Metalworkers 'Federation
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ITUC	International Trade Union Confederation – siehe IGB
NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
SBI	Subsidiary Body for Implementation
SBSTA	Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice
TUAC	Trade Union Advisory Committee to the OECD
TUC	Trade Unions Congress (Großbritannien)
UN	United Nations
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

1 EINLEITUNG

Das Klimaabkommen von Paris zielt darauf ab, dass unter anderem der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und dass Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen (zu den Ergebnissen vgl. Streissler 2015 und Abschnitt 1.2. dieser Studie, grundlegend zur aktuellen klimapolitischen Debatte: Bauriedl 2015). Das ambitioniertere Ziel von 1,5 °C bedeutet, noch rascher zu einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zu kommen, also zu einem weitgehenden Verzicht der Nutzung fossiler Energieträger. Die Nettoemissionen von Treibhausgasen müssen dafür aber bis zum Zeitraum zwischen den Jahren 2045 und 2060 auf Null reduziert werden (Rogelj et al. 2015). Demgegenüber nennt das Abkommen von Paris das Ziel, „in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken herzustellen“¹ und lässt damit einen zeitlich weiten Spielraum. Auch wenn es starke Lobby-Gruppen gelungen ist, dass die Hauptursache des Klimawandels – die Verbrennung fossiler Energieträger – im Abkommen von Paris an keiner Stelle im Text erwähnt wird, so gibt es doch eine breite Anerkennung, dass hier gehandelt werden muss.

Gleichzeitig: Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise und zunehmender Arbeitslosigkeit, Wettbewerbsdrucks und realer bzw. angedrohter Abwanderung von produzierender Unternehmen, unklarer Dynamik und Folgen der Digitalisierung, von Flüchtlingsbewegung, wachsender Gewalt in vielen Teilen der Welt, der Krise politischer Repräsentation und herkömmlicher Volksparteien gerät „das Klimathema“ immer wieder an den Rand. Das hängt auch damit zusammen, dass Umweltpolitik tendenziell immer noch in Konkurrenz zu „klassischen“ wirtschafts- und auch gewerkschaftspolitischen Zielen von Wachstum, Beschäftigung und Verteilung gesehen wird.

Weniger eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik bestimmt also die politische Agenda in Europa, sondern die neoliberale Austeritätspolitik, die wiederum zu sozialer Polarisierung und Ängsten führt, zum Aufstieg rechtsextremer Parteien und solchen politischen Initiativen wie dem Referendum über den Brexit.

Dabei ist der Zusammenhang zwischen der Krise der fossilistischen Produktions- und Lebensweise einerseits und der Austeritätspolitik andererseits deutlich. Und zwar nicht in dem Sinne, dass der erzwungene Einkommensverzicht der Beschäftigten mit weniger Ressourcenverbrauch und Emissionen einhergehen würde – und damit positiv einzuschätzen wäre. Es verhält sich umgekehrt: Austeritätspolitik wird von jenen mächtigen Wirtschaftsakteuren und ihren politischen Helfern vorangetrieben, die am wenigsten Interesse am einem sozial-ökologischen Umbau haben. Und: Austeritätspolitik, schlechtere Arbeitsbedingungen, Verarmung und soziale Polarisierung erzeugen Ängste, was wiederum keine gute Bedingung für einen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise ist (vgl. Brand 2014, Brand/Wissen 2017, Kapitel 2).

Den Ausgangspunkt der Studie bildet eine wichtige Annahme: Ökologische Fragen werden in Zukunft eine zunehmende Rolle spielen, wobei unsicher ist, ob die ökologische Krise eher autoritär und neoliberal oder progressiv bearbeitet wird. Geht es um Letzteres, dann sind Gewerkschaften und Beschäftigte notwendiger Bestandteil jeglicher ambitionierter und effektiven Klimapolitik und der damit verbundenen sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft. Das betrifft sowohl die lokale und nationale wie auch die internationale

¹ Die völkerrechtlich nicht verbindliche deutsche Übersetzung wurde von den deutschsprachigen Staaten gemeinsam erstellt; sie findet sich u.a. im österreichischen Bundesgesetzblatt, BGBl. III Nr. 197/2016.

Ebene. Dieser an sich offensichtliche Zusammenhang zeigt sich jedoch nicht in der internationalen Klimapolitik. Und auch die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen tun sich bislang schwer damit.

Ein Grund also, genauer zu untersuchen, welche Positionen die internationale Gewerkschaftsbewegung in der internationalen Klimapolitik ausgebildet hat und wie erfolgreich diese Positionen letztendlich eingebracht wurden. Aus diesen Erfahrungen lassen sich Schlussfolgerungen für künftige Klima- und Umweltpolitiken ziehen, die wiederum zur Strategiebildung in Bereichen wie Industrie- und Innovationspolitik, Qualifizierung- und Arbeitsmarktpolitik und anderem beitragen können.

1.1 Ziel und Inhalt der Studie

Die vorliegende Studie hat zum Ziel, einen genaueren Überblick über die Rolle gewerkschaftlicher Politik in den internationalen Klimaverhandlungen zu geben. Dazu wurden relevante und öffentlich zugängliche Materialien recherchiert, ausgewertet und systematisiert. Die aus den Dokumenten entnommenen Daten werden aufbereitet, interpretiert und schlussfolgernd zusammengefasst.²

Die Studie zielt auf die – mitunter durchaus umkämpfte – Positionsfindung der Gewerkschaften und ihre Strategien im Hinblick auf die internationale Klimapolitik. Die zweifellos wichtige Frage der Umsetzung solcher Politiken liegt jenseits der vorliegenden Studie und muss künftigen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Die Debatten um (klima-)politische Positionen sind dennoch wichtig, da sie Hinweise auf das politische Bewusstsein, den Stand der Strategiebildung sowie damit einhergehende Konflikt- und Kompromisslinien geben. Die an vielen Stellen chronologische Vorgehensweise, die wiederum an vielen Stellen thematisch gebündelt ist, gibt einen Eindruck davon, wie neue Themen aufkommen und in die internationalen Verhandlungen eingebracht werden.

Im zweiten Teil der Studie, der dieser Einleitung folgt, werden die Dokumente beleuchtet, die im Rahmen der alljährlich stattfindenden UN-Klimakonferenzen (genauer: Konferenzen der Vertragsstaaten – Conferences of the Parties, COPs) entstanden sind. Es werden die Arbeits-, Gewerkschafts- und Beschäftigenthemen, die auf den COPs thematisiert wurden, dargestellt.³

Im dritten Abschnitt werden wichtige wissenschaftliche Studien zur Rolle der Gewerkschaften und Interessen von ArbeitnehmerInnen in der internationalen Klimapolitik vorgestellt.

Der vierte Teil stellt gewerkschaftliche Positionen und Initiativen dar, die sich auf die internationalen Klimaverhandlungen beziehen. Die Darstellung umfassenden Materials stellt den Fokus der Studie dar. Vor allem der Internationale Gewerkschaftsbund IGB (engl.: International Trade Union Confederation, ITUC) betreibt aktive und thematisch breit aufgestellte Politik, die einerseits den Klimawandel und seine (bereits eingetretenen Folgen) ernst nimmt. Andererseits ist der IGB ein treibender Akteur hinsichtlich der Integration sozial- und beschäftigungspolitischer Belange. Auf sozialpolitischer Ebene waren bislang die Interessenkonflikte zwischen globalem Süden und Norden⁴ ein zentrales politisches Moment in den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen.

2 Der Erhebungszeitraum der Studie endet unmittelbar nach der Pariser Klimakonferenz. Nachfolgende Treffen und Initiativen wurden nicht berücksichtigt. Für eine bessere Lesbarkeit werden die Positionen nicht im Konjunktiv dargestellt, sondern im Indikativ.

3 Wir befassen uns in dieser Studie nicht mit der enorm wichtigen Frage, inwieweit die internationalen politischen Institutionen wie die FCCC überhaupt geeignet sind für eine effektive Klimapolitik oder ob sie nicht – wie Markus Wissen es 2010 formulierte – angesichts der Problem- und Interessenlagen nicht strukturell überfordert sind.

4 In den Dokumenten der UNFCCC wird das asymmetrische globale Machtverhältnis mit der Differenzierung zwischen „developed countries“ und „developing countries“ bezeichnet. Im Folgenden werden diese Bezeichnungen übernommen und mit

Der fünfte Abschnitt beschäftigt sich mit der Rezeption des Begriffs der *Just Transition*, einerseits im gewerkschaftlichen Umfeld selbst, andererseits in den Diskussionen im Umfeld der UN-Klimakonferenzen. Im abschließenden sechsten Abschnitt wird ein Fazit gezogen und Forschungsbedarf formuliert.

Die Idee zu dieser Studie entstand im Kontext der Diskussionen des Forschungsprojekts zur Rolle der Gewerkschaften bei der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft, das vom Österreichischen Klima- und Energiefonds gefördert wird (<http://trafo-labour.univie.ac.at/>). Die vorliegende Studie wurde von der Abteilung Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien konzeptionell begleitet und finanziert. Wir möchten Sylvia Leodolter, Christoph Streissler und Florian Wukovitsch für die Unterstützung während der Erstellung der Studie und für hilfreiche Kommentare danken. Insbesondere Christoph Streissler hat durch zahlreiche Anmerkungen zur Klärung und Schärfung einiger Aussagen beigetragen. Weiters danken wir den TeilnehmerInnen bei der Vorstellung des Entwurfs der Studie im Dezember 2015, Darya Güttler für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Literaturverzeichnisses und Krisztina Hubmann für die Endredaktion.

1.2 Institutionen und Verlauf der internationalen Klimaverhandlungen

Ein zentraler Eckpfeiler des internationalen Klimaregimes ist die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).⁵ Sie wurde während der „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ (engl.: United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet und beinhaltet einen Gesetzestext der gewährleisten soll, dass die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre stabilisiert wird. Grundlage für die internationalen Klimaverhandlungen bildeten unter anderem die ersten wissenschaftlichen Berichte des im Jahr 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten „Weltklimarates“, d.h. das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ab 1990 (das IPCC ist kein offizielles Gremium der UNFCCC).

Die Konvention trat 1994 in Kraft und hat inzwischen 195 Mitglieder. Auf der dritten Konferenz der Vertragsstaaten (COP 3), die 1997 in Kyoto stattfand, wurde ein Protokoll beschlossen, in dem sich 41 industrialisierte Länder auf mengenmäßige Ziele zur Emissionsreduktion von sechs Treibhausgasen festlegten⁶. Diese Länder werden als Annex-1-Länder des Kyoto-Protokolls bezeichnet. Der Zielwert lag bei einer durchschnittlichen Reduktion von 5,2 %, gemessen am Emissionsniveau von 1990, und sollte im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 verwirklicht werden. Die Ziele variierten länderspezifisch. Die EU ist seit der COP 3 als politischer Akteur von besonderer Relevanz. Sie hat sich als Region verpflichtet, die CO₂-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2008/2012 um acht Prozent zu reduzieren. Die einzelnen europäischen Länder haben intern unterschiedliche Reduktionsziele ausgehandelt. Das Kyoto-Protokoll trat nach langen Verhandlungen erst 2005 in Kraft; derzeit sind 192 Staaten Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls. Emissionsintensive Länder wie Kanada, Japan, Russland und Neuseeland sind inzwischen aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen oder haben entschieden, keine weiteren Reduktionsverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll zu übernehmen.

Ab 2020 gilt dann das Abkommen von Paris, durch das die verbindlichen Kyoto-Verpflichtungen durch freiwillige nationalstaatliche Beiträge zur Emissionsreduktion (NDC – Nationally Determined Contributions) abgelöst werden wird.⁷

den zwar zu problematisierenden, jedoch weiterhin gängigen Begriffen „Entwicklungsländer“ bzw. „entwickelte Länder“ übersetzt. An einigen Stellen werden im Text Anführungszeichen gesetzt, um anzuzeigen, dass es sich um offiziell genutzte Begriffe handelt, die angesichts der Differenzierung der realen Welt eben dieser kaum entsprechen.

5 Der deutsche Text der Konvention findet sich unter <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> sowie zB im Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, BGBl. Nr. 414/1994

6 Bericht von der COP 3 in Kyoto von 1.-11. Dezember 1997. <https://unfccc.int/resource/docs/cop3/07a01.pdf> (Oktober 2015)

7 Siehe Fußnote 1

Als politisch sehr wichtige Vertragsstaatenkonferenzen gelten erstens die erwähnte COP 3 in Kyoto 1997 und die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls, zweitens die COP 15 in Kopenhagen 2009, bei der durch die fehlende Vereinbarung für ein Kyoto-Folgeabkommen die internationale Klimapolitik vor dem Aus stand und in deren Vorfeld sich gleichzeitig die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit konstituierte, und drittens die COP 21 Ende 2015, als das Pariser Abkommen unterzeichnet wurde.

Auf den Vertragsstaatenkonferenzen finden auch verschiedene Interessengruppen eine Arena. Mittlerweile gibt es im internationalen Verhandlungsprozess der UNFCCC neun „Non Governmental Organization Constituencies“. Gewerkschaftliche NGOs (TUNGO) sind seit der COP 14 im Jahr 2008 als Beobachter zu den Vertragsstaatenkonferenzen zugelassen. Die NGOs repräsentieren ein breites Spektrum von Interessen und umfassen RepräsentantInnen aus Unternehmen, insbesondere der Industrie und Landwirtschaft, Umweltgruppen, indigene Gruppen, Gender- und Jugendorganisationen. Diese Kreise [Constituencies] dienen als wichtiger Kommunikationskanal für NGOs und andere Akteursgruppen, um ihre Beiträge effektiver an die Vertragsstaaten zu übermitteln (UNFCCC 2010: 4).

Die genannten Akteure beteiligen sich auch am Prozess der in den letzten Jahren wichtigen Ad-Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action, die damit beauftragt wurde, das für 2015 geplante neue Übereinkommen zu gestalten. Dazu gehören zusätzlich zu den Nichtregierungsorganisationen auch die UN-Organisationen, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Internationale Energieagentur (IEA), lokale Regierungen und Forschungsinstitute (Briner et al 2014: 7f.).

Die Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) und eine formell im Rahmen des Kyoto-Protokolls eigenständige Vertragsstaatenkonferenz (Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol, CMP) sind die höchsten Entscheidungsorgane der UNFCCC. Die jeweils akkordierten Abmachungen heißen „Entscheidungen“ (decisions). Wichtig ist dabei – wir werden darauf zurückkommen –, dass die jeweilige „Präambel“ allgemeine Aussagen trifft, die im Unterschied zu den Entscheidungen nicht verbindlich sind. Darunter diskutiert das ständige Beratungskomitee zur Umsetzung der UN-Klimarahmenkonvention (Subsidiary Body for Implementation, SBI) Themen der Implementierung. Das Organ für wissenschaftliche und technische Beratung (Subsidiary Body for Scientific and Technical Advice, SBSTA) stellt eine Verbindung zwischen politischen Prozessen und wissenschaftlichen und technischen Themengebieten her (Briner et al 2014: 7). Auf diese beiden eher technisch ausgerichteten Organe, in denen jedoch durchaus bedeutsame politische Entscheidungen getroffen werden, die aber für Gewerkschaftsthemen wenig relevant sind, wird im Folgenden als „Subsidiary Bodies“ Bezug genommen.

2 BESCHÄFTIGUNGS- UND GEWERKSCHAFTS- POLITISCHE THEMEN AUF DEN VERTRAGSSTAATEN- KONFERENZEN DER KLIMARAHMENKONVENTION

In diesem Abschnitt wird die Frage behandelt, wie sich die Perspektiven von Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in den internationalen klimapolitischen Diskussionen widerspiegeln. Die Datengrundlage bilden Dokumente der Klimarahmenkonvention, Beschlüsse [Decisions], die auf den COPs gefasst wurden, Sitzungsprotokolle der UN-Klimaverhandlungen sowie die begleitenden Berichte des „Earth Negotiation Bulletin“.⁸

Seit der Unterzeichnung der UN-Klimarahmenkonvention 1992 und der Verhandlung des Kyoto-Protokolls wurden auf den internationalen Klimaverhandlungen soziale Themen nur marginal verhandelt. Anerkannt wurde, dass Emissionsreduktionen Veränderungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen bedeuten würden. Das in Kyoto ausgehandelte Ziel – und am Ende auch der politische Wille – zur Emissionsreduktion war jedoch zu gering, um schwerwiegende Veränderungen in wirtschaftlichen Sektoren tatsächlich eintreten zu lassen (Rosemberg 2010: 128).

Erst 2010 gelang es gewerkschaftlichen Akteuren, beschäftigungspolitische Positionen im Abschlussdokument der COP 16 in Cancún zu verankern. Die Debatte kreist um den zentralen Begriff *Just Transition* (in den offiziellen Dokumenten als „gerechter Strukturwandel“ übersetzt). Dieser Begriff hat eine eigene Geschichte, um den herum sich gewerkschaftliche Forderungen gruppieren, insbesondere die Verbindung von sozialen und ökologischen Problemen und die entsprechenden Politiken, um diese Probleme zu bearbeiten.⁹

2.1 Die Klimarahmenkonvention

Gewerkschaftliche Akteure wie der Internationale Gewerkschaftsbund (vgl. 2013a) beziehen sich in ihren politischen Forderungen auf Artikel der UN Klimarahmenkonvention, die 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde.

Artikel 2 formuliert, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden sollte. In Artikel 3, Absatz 4 und 5 wird wirtschaftliche Entwicklung als Voraussetzung dafür benannt, um Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels überhaupt (bzw. in den Ländern des globalen Südens) oder „besser“ durchzuführen.

Die besondere Vulnerabilität der Länder des globalen Südens gegenüber dem Klimawandel und die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Klimaschutz und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel (Response Measures) werden in Artikel 4, Absatz 7 und 8 betont.

8 Das ENB ist eine Publikation des „International Institute for Sustainable Development“, mit dem auf weitgehend unabhängige Weise von UN-Verhandlungen im Bereich Umwelt und Entwicklung berichtet wird.

9 Die Definition der ITUC zu *Just Transition* ist in Kapitel 3.3 dargestellt.

In Artikel 6 ist festgeschrieben, die Bildung von öffentlichem Bewusstsein in Bezug auf Klimaveränderungen durch die Vertragsstaaten zu erleichtern oder zu fördern. Neben allgemeiner öffentlicher Bildung wird auch die Ausbildung von ExpertInnen u.a. in der Wissenschaft oder bei leitendem Personal gefordert (UNFCCC 1992).

2.2 Beschäftigungspolitisch relevante Entscheidungen: Verankerung von „Gerechtem Strukturwandel“

2.2.1 COP 3 in Kyoto (1997)

Im Kyoto-Protokoll von 1997 wird in Artikel 2, Absatz 3 festgehalten, dass „die nachteiligen Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden, darunter auch die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen, die Auswirkungen auf den Welthandel und die Auswirkungen auf den Sozialbereich, die Umwelt und die Wirtschaft anderer Vertragsparteien, vor allem der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind.“¹⁰ Artikel 3, Absatz 14 behandelt die Implementierung von klimapolitischen Maßnahmen. Es sollen solche Maßnahmen gefunden werden, die nachteilige Effekte, die durch Klimaänderungen und Klimapolitik eintreten können, minimieren.

2.2.2 COP 16 in Cancún (2010)

Auf der COP 16 in Cancún wurden erstmals beschäftigungspolitisch relevante Entscheidungen angenommen. Der zehnte (und letzte) Absatz der Entscheidung „1/CP.16“ ist überschrieben mit „Eine gemeinsame Vision für langfristige kooperative Handlungen“ und war der wohl größte Erfolg für die gewerkschaftlichen Akteure in den internationalen Klimaverhandlungen. Hier wurde im Vertragstext die von gewerkschaftlichen Akteuren propagierte Formel eines „gerechten Strukturwandels“ [*Just Transition*] verankert. Die Vertragsstaaten „anerkennen, dass die Befassung mit dem Klimawandel einen Paradigmenwechsel hin zum Aufbau einer kohlenstoffarmen Gesellschaft benötigt.“ Dieser Paradigmenwechsel „bietet substantielle Gelegenheiten und sichert anhaltend hohes Wachstum und nachhaltige Entwicklung.“ Dies wird ermöglicht durch „innovative Technologien und nachhaltigere Produktion, Konsum und Lebensstile. Dabei wird ein gerechter Strukturwandel für die Arbeitskräfte gesichert, der gute Arbeit [decent work] und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze [quality jobs] schafft.“ (UNFCCC 2011: 4) (vgl. Kap. 4.8)¹¹

In derselben Entscheidung heißt es in der Präambel zum Abschnitt E, der die ökonomischen und sozialen Konsequenzen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen [response measures] behandelt, dass ein gerechter Strukturwandel in allen Wirtschaftssektoren zu gewährleisten ist. Es wird anerkannt, dass es wichtig ist, negative Folgen von klimapolitischen Maßnahmen auf soziale und wirtschaftliche Sektoren zu vermeiden oder zu minimieren. Damit soll ein gerechter Strukturwandel gefördert werden, der gute Arbeit und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schafft. Dies soll in Übereinstimmung mit national definierten Entwicklungsprioritäten und -strategien geschehen. Damit soll zum Aufbau neuer Kapazitäten in der Produktion und in der Dienstleistungsbranche beigetragen werden, womit Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung gefördert werden sollen (UNFCCC 2011: 15; vgl. ITUC 2013a).

2.2.3 COP 17 in Durban (2011)

Ein Jahr später wird in Entscheidung 2/CP.17 das Ergebnis der „Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention“ festgehalten. Im zweiten Kapitel über verbesserte Handlungsmaßnahmen

10 Der deutsche Text des Kyoto-Protokolls findet sich zB im BGBl. III Nr. 89/2005

11 Siehe http://unfccc.int/meetings/cop_16/items/5571.php

für den Klimaschutz [Enhanced action on mitigation] werden unter Abschnitt F die ökonomischen und sozialen Konsequenzen klimapolitischer Maßnahmen besprochen. In Absatz 88 dieses Abschnitts wird ein deutlicher beschäftigungspolitischer Bezug hergestellt: Den Vertragsstaaten wird eindringlich nahegelegt, ihre Politiken und Maßnahmen so zu implementieren, dass sie einen gerechten Strukturwandel für Arbeitskräfte sowie die Schaffung von guter Arbeit und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen voranbringen. Dies soll in Übereinstimmung mit national definierten Entwicklungsprioritäten und Strategien geschehen (UNFCCC 2012a: 18).

In Entscheidung 8/CP.17 (Forum and work programme on the impact of the implementation of response measures) wurden verschiedene Arbeitsprogramme beschlossen, die das Ziel haben, ein besseres Verständnis für die Folgen der Implementierung klimapolitischer Maßnahmen zu entwickeln. Von acht Themengebieten sind zwei beschäftigungs- bzw. gewerkschaftspolitisch relevant. Zum einen (g) „Gerechter Strukturwandel für Arbeitskräfte und die Schaffung guter Arbeit und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze“, zum anderen (h) „Die Ermöglichung kollektiver und individueller Lernprozesse für einen Strukturwandel zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft“ (UNFCCC 2012b: 9). Es wurde beschlossen, ein Forum zu gründen, das sich mit diesen Effekten von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen beschäftigt (ITUC 2013a). An den entsprechenden Arbeitsprogrammen und Foren beteiligten sich gewerkschaftliche Akteure. Die Ergebnisse sind in Kapitel 2.3 dieser Studie dargestellt.

Außerhalb der offiziellen Verhandlungen fand ein weiteres Ereignis statt. Während der COP 17 unterzeichneten die Regierung und Sozialpartner wie Unternehmen, Gewerkschaften und andere Organisationen [Community Organizations] den „Green Economy Accord“. Um eine ökonomische Transformation zu gewährleisten, ist ein sozialer Dialog unter den entsprechenden Stakeholdern notwendig, der beschäftigungspolitische Reformen mit dem Übergang zu einer *Green Economy* verbindet. Dieser beinhaltet die Produktion sauberer Energie, Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, ökologisch nachhaltigen Tourismus und umweltbezogene Dienstleistungen (UNFCCC 2013d: 5f.; ENB 2013: 3; zur aktuellen Transformationsdebatte vgl. Brand 2014).

2.2.4 COP 18 in Doha (2012)

In Abschnitt 1 der Entscheidung 1/CP.18 (Agreed outcome pursuant to the Bali Action Plan) geht es wiederum um „Eine gemeinsame Vision für langfristige kooperative Handlungen im Hinblick auf die Klimaänderungen.“

In Abschnitt II wird über verbesserte nationale bzw. internationale Handlungen zum Schutze des Klimas gesprochen. Absatz E behandelt die ökonomischen und sozialen Konsequenzen von Maßnahmen gegen den Klimawandel. Es wird wieder bestätigt, dass die Vertragsstaaten kooperieren sollten, um ein offenes internationales Wirtschaftssystem voran zu bringen. Dieses soll zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Entwicklung in allen Vertragsstaaten führen, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Wieder bestätigt wurde, negative Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auf soziale und ökonomische Sektoren zu vermeiden oder zu minimieren.¹² Erwähnt wird auch das Voranbringen eines gerechten Strukturwandels für Arbeitskräfte sowie die Schaffung guter Arbeit und qualitativ hochwertiger Arbeit. Dies soll in Übereinstimmung mit national festgelegten Entwicklungsprioritäten und -strategien geschehen. Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung sollen vorangetrieben werden, um so zum Aufbau neuer Produktionskapazitäten und dienstleistungsbezogene Arbeitsplätze beizutragen (UNFCCC 2013a: 10f.).

¹² Christoph Streissler, Referent für Klimapolitik der Arbeiterkammer Wien, wies uns darauf hin, dass es sich hier um eine immer wieder verwendete Formel zur Beschwichtigung der OPEC-Staaten handelt, die es auch in das Paris-Abkommen von 2015 „geschafft“ hat. Hinter der Formulierung stehen entsprechend nicht die Anliegen von gerechtem Strukturwandel.

2.3 Workshops zu wichtigen Themen

Im Rahmen der UNFCCC finden immer wieder Workshops (oft zu gesonderten Terminen), in denen wichtige und mitunter kontroverse Sachverhalte diskutiert werden, die dann unter Umständen in den offiziellen Verhandlungsprozess aufgenommen werden. Dass solche Workshops stattfinden und welchen Inhalt sie haben, wird auf den Vertragsstaatenkonferenzen beschlossen, was den Workshops selbst einen hohen Stellenwert gibt. Im Folgenden werden die Diskussionen und Ergebnisse verschiedener Workshops dargestellt, weil sie Einblick in den Stellenwert beschäftigungspolitischer Themen geben.

Einen anderen Charakter haben so genannte Side Events, die auf den COPs selbst – in der Regel während einer Mittagspause und mit informellem Charakter – dazu beitragen sollen, zu bestimmte Themen zu informieren oder diese zu diskutieren.

2.3.1 Side Events bei COP 4 in Buenos Aires (1998) und bei COP 6 in Den Haag (2000)

Wir beginnen aber mit zwei solchen nichtoffiziellen Side Events, auf denen offenbar zum ersten Mal die hier interessierenden Themen aufgeworfen wurden.

Auf der COP 4 hob der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG, engl. ICFTU) eine der Vorläuferorganisationen des Internationalen Gewerkschaftsbunds (siehe unten), das Potential von Gewerkschaften hervor, klimafreundlichen Wandel an Arbeitsplätzen herbei zu führen. Klimaschutzpolitiken und -maßnahmen sollten schädigende Effekte für Beschäftigte minimieren. Die Weltbank thematisierte die Vulnerabilität sogenannter Entwicklungsländer gegenüber dem Klimawandel und wiederholte das Engagement der Bank in der Förderung nachhaltiger Entwicklung (ENB 1998: 1f.).

Auf einer Veranstaltung am Rande der COP 6 besprach das Trade Union Advisory Committee (TUAC) der OECD beschäftigungspolitische Implikationen des Klimawandels. Sowohl Gewerkschafts- als auch Unternehmensführungen präsentierten ihre Ansichten zu den Folgen des Klimawandels und der klimapolitischen Maßnahmen auf Beschäftigung, konstatierten aber auch ein Forschungsdesiderat zum Thema. Es wurde Enttäuschung darüber ausgedrückt, dass die drängenden sozialen und ökonomischen Folgen des Wandels von Beschäftigungsmustern nicht in den Verhandlungsprozess integriert wurden. Diese sollte aber ein Diskussionspunkt zukünftiger COPs werden und so gewährleistet werden, dass positive Ergebnisse umweltpolitischer Maßnahmen nicht mit negativen Effekten auf Beschäftigung einhergehen. Als besorgniserregend galt der Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Sektoren wie Kohlebergbau und Transport (ENB 2000).

2.3.2 Offizieller Workshop im November 2012 in Doha

Aufbauend auf Entscheidung 8 der COP 17, die Arbeitsprogramme zu den Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auszuformulieren, fand ein Workshop in der Hauptstadt Katars statt. Dieser setzte sich insbesondere mit der Förderung kollektiver und individueller Lernprozesse auseinander, die einen Übergang in eine Gesellschaft ermöglicht, die einen nur geringen Ausstoß an Treibhausgasen vorweisen kann. Die Leitfragen des Workshops bezogen sich auf Maßnahmen, die Regierungen nutzen bzw. nutzen sollten um den Übergang hin zu einer Gesellschaft mit niedrigen Treibhausgasemissionen zu ermöglichen. Auch Auswirkungen und Effizienzkriterien dieser Maßnahmen sowie Best Practices waren Teil der Ausgangsfragen.

Es wurde festgehalten, dass der Strukturwandel in eine treibhausgasarme Gesellschaft umfassende Transformationen in der Welt der Arbeit mit sich bringen wird. Diese Transformationen bringen Herausforderungen und Chancen mit sich, doch ergeben diese nicht notwendigerweise denselben Nutzen für Menschen an jeweils

unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten. Um den Strukturwandel zu fördern, hat die Gewerkschaftsbewegung zum Aufbau von Handlungsfähigkeit [building capacity] unter ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsorganisationen beigetragen.

Eine Repräsentantin des Internationalen Gewerkschaftsbunds, Annabella Roseberg, stellte Aktivitäten ihrer Organisation dar, mittels derer der Übergang zu einer treibhausgasarmen Gesellschaft erleichtert werden kann. Dazu gehören die Entwicklung adäquater Politiken und Investitionspläne sowie die Förderung guter und umweltfreundlicher Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit würden die Beseitigung von Armut, die Schaffung von Beschäftigung und der Schutz der Umwelt unterstützt (ITUC 2012).

In Kooperation mit der ILO führte der IGB eine Studie in 12 Ländern durch, in den Herausforderungen in der Arbeitswelt identifiziert wurden. Auch Defizite in den Qualifikationen von Beschäftigten, die potentielle Hürden für nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten sind, wurden analysiert. Der IGB hat zahlreiche Aktivitäten zum Thema „grüne Arbeitsplätze“, u.a. in Argentinien, Brasilien, Malaysia, Südafrika, Uganda und Uruguay, durchgeführt.

Folgende Aktivitäten wurden für internationale Aktivitäten vorgeschlagen:

- Die Sammlung von Praktiken und Methodologien zur Bewertung der Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auf Beschäftigung.
- Die Identifikation öffentlicher Politiken, die negativen Folgen für Beschäftigung entgegenwirken oder positive Auswirkungen multiplizieren.
- Die Erfassung der Art und Menge von Investitionen, die für die Transformation des ökonomischen Sektors notwendig sind.
- Die Sammlung guter Praktiken [good practices] zu diesem Themenfeld für den lokalen Austausch mit relevanten Stakeholdern. Zu den Stakeholdern gehören auch Beschäftigte und ihre RepräsentantInnen.

Aktivitäten zu diesem Arbeitsprogramm sollten auch Brücken zu anderen Prozessen schlagen, die Erwerbsarbeit zum Thema haben. Dies könnte zum Beispiel mit den von der ILO organisierten Diskussionen zu grünen Arbeitsplätzen und nachhaltiger Entwicklung passieren. In solchen Diskussionen können die jeweiligen Rollen und die Verantwortung von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften im Übergang zu Nachhaltigkeit identifiziert werden (UNFCCC 2013c: 8, vgl. ITUC 2012).

Auch Saudi-Arabien weist in diesem Workshop darauf hin, dass ein gerechter Strukturwandel für Arbeitskräfte und die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze gesichert werden muss (UNFCCC 2013c: 7).

2.3.3 Offizieller Workshop im Juni 2013 in Bonn

Das Arbeitsprogramm zu den Folgen klimapolitischer Maßnahmen umfasst den gerechten Strukturwandel für Beschäftigte sowie die Schaffung guter Arbeit und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze [Just transition of the workforce, and the creation of decent work and quality jobs]. Vertragsstaaten und relevanten Organisationen tauschten Informationen, Erfahrungen und Standpunkte aus, um Empfehlungen für COP 19 zur Verfügung zu stellen. Dieser Input soll den Subsidiary Bodies als Grundlage für weitere Diskussionen dienen (UNFCCC 2013d: 1).

Im Folgenden werden unterschiedliche Positionen skizziert, die in Zusammenhang mit den Themen dieser Studie stehen. Zunächst werden die Positionen der Regierungen, anschließend jene verschiedenen Organisationen dargestellt.

Informationen, Erfahrungen, Best Practices und Sichtweisen von Vertragsstaaten

Die große Ländergruppe G 77 und China (d.h. der meisten Entwicklungs- und Schwellenländer) wurde durch eine Vertreterin Argentiniens repräsentiert. Sie wies darauf hin, dass für den Themenbereich „gerechter Strukturwandel“ im Kontext nachhaltiger Entwicklung und in Übereinstimmung mit nationalen Prioritäten gearbeitet werden muss. Sie bezog sich auf die Ergebnisse der Rio+20 Konferenz von 2012, die auch einen gerechten Übergang für die Arbeitskräfte als notwendig erachten. Dazu gehören Programme die Beschäftigte dabei unterstützen, sich an wandelnde Arbeitsmarktbedingungen anzupassen.

Transitions- und Transformationsprozesse rufen u.a. Risiken des Arbeitsplatzverlustes hervor. Landwirtschaftliche Subventionen und Zölle entwickelter Länder behindern die ökonomische und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern, wovon auch ArbeitnehmerInnen betroffen sind (UNFCCC 2013d: 4, vgl. ENB 2013: 3).

Aus Sicht der Gruppe G77 und China sind folgende Handlungsmaßnahmen notwendig, um einen gerechten Strukturwandel für die ArbeitnehmerInnen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen:

- Notlagen für Beschäftigte minimieren,
- Öffentliche Politiken im Interesse der Beschäftigten,
- Konsultationen mit allen Stakeholdern, um Mechanismen für einen gerechten Strukturwandel zu entwickeln, sowie
- die Gestaltung und die Implementierung von klimapolitischen Maßnahmen bewerten, um die Konsequenzen für Beschäftigungsraten, Wirtschaftswachstum usw. in entwickelten Ländern abzuschätzen (UNFCCC 2013d: 4).

Ein Repräsentant der Europäischen Union betonte bei dem Workshop die Chancen, die durch den Strukturwandel zu einer treibhausgasarmen Wirtschaftsweise geschaffen werden. Grüne Arbeitsplätze, so der EU-Vertreter, erfordern bessere Qualifikationen und bieten bessere Entlohnung. Investitionen in Bildung und Ausbildung sind wertvolle unterstützende Handlungsmaßnahmen, von denen gegenseitig profitiert werden kann. In der Vergangenheit erfolgte Transitionsprozesse im Handwerk, in der Kommunikationsbranche und in den Informationstechnologien bezeugen dies.

Folgende Faktoren regen eine wirtschaftliche Transformation an:

- Die Zahl der Arbeitsplätze steigt mit zunehmender Nachfrage nach grünen Technologien,
- Bildung und Qualifizierungsmaßnahmen sind für eine aktive Unterstützung erfolgreicher Restrukturierung notwendig,
- anstatt Arbeit zu besteuern, sollten Ressourcen und Energie besteuert werden. Dies kann zur Senkung von Arbeitskosten beitragen und so die Beschäftigung steigern.

Außerdem hat die Europäische Union 105 Milliarden Euro investiert, um grüne Technologien und ökologische Innovationen zu unterstützen. Es wird erwartet, dass trotz der Rezession 5 Millionen Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 geschaffen werden (UNFCCC 2013d: 4f.; ENB 2013: 3).

Eine Vertreterin Saudi-Arabiens meinte, dass Arbeitskräfte in „Entwicklungsländern“ ohnehin verwundbarer gegenüber ökonomischen Krisenerscheinungen sind. Bestimmte Klimaschutzmaßnahmen würden manche Sektoren und Märkte zusätzlich unter Druck setzen, wodurch es gerade in Ländern mit wachsender, junger Bevölkerung schwerer würde, ausreichend qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Folgende Handlungen zur Unterstützung gerechten Strukturwandels bei der Erstellung von Klimaschutzmaßnahmen wurden unter anderem empfohlen:

- Die Bewertung und Modellierung der Auswirkungen implementierter klimapolitischer Maßnahmen auf Arbeitsplätze und den Arbeitsmarkt.

- Die Untersuchung damit verbundener sozioökonomischer Indikatoren wie Einkommen, Gesundheit und Bildung (UNFCCC 2013d: 5; ENB 2013: 3).

Ein Repräsentant Südafrikas ging ebenfalls darauf ein, dass arme und verwundbare Bevölkerungsgruppen vor den Kosten des gerechten Strukturwandels, die mit Klimaschutz und Klimaanpassung verbunden sind, geschützt werden müssen. Dabei handelt es sich um höhere Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität sowie Arbeitsplatzverluste in kohlenstoffintensiven Industrien. Südafrika sieht sich in seinem Transformationsprozess mit Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit konfrontiert. Gleichzeitig gibt es millionenfache Beschäftigung in kohlenstoffintensiven Industrien. Gerade der Bergbausektor ist von zentraler Bedeutung für den Außenhandel. Die durch Importeure erzwungene Umstellung der Weinproduktion auf ökologisch nachhaltige Produktionsmethoden hat zur Schließung heimischer Weinproduktion und somit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen geführt. Chancen werden in Investitionen in grüne Industrien wie Wind- und Solarenergie sowie im Energieeffizienz-Sektor gesehen. Südafrika realisiert eines der weltweit größten Programme für erneuerbare Energien. Damit kann das Land von einer kapitalintensiven und ressourcenstarken hin zu einer wertschöpfenden, arbeitskraftintensiven und weniger kohlenstoffintensiven Wirtschaftsweise gelangen. Durch regionalisierte Wirtschaftsprozesse werden lokale Manufakturen unterstützt und so Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum geschaffen.

Die Repräsentanten der EU und des IGB waren an den regionalen Kooperationsprojekten zur Gestaltung des gerechten Strukturwandels interessiert. Dies wird, dem Repräsentanten Südafrikas zufolge, durch eine auf drei Säulen basierende Regionalentwicklung verwirklicht: Infrastruktur, industrielle Entwicklung und Marktintegration. Industrielle Entwicklungsstrategien konzentrieren sich auf die Regionalisierung grüner Industrien sowie dem Aufbau wirtschaftlicher Kapazitäten in den Nachbarländern, um so den Wert der regional erzeugten Produkte, zu erhöhen (UNFCCC 2013d: 8).

2.4 „Gerechter Strukturwandel“ (*Just Transition*) aus gewerkschafts- und zivilgesellschaftlicher Perspektive

Philip Pearson vom Internationalen Gewerkschaftsbund weist darauf hin, dass auf der COP 16 die Unterstützung eines gerechten Strukturwandels als notwendig anerkannt wurde. Geeignete politische Rahmenbedingungen können ArbeitnehmerInnen und ihr Lebensumfeld (*communities*) beim Übergang in neue Berufsfelder unterstützen. Das Prinzip eines gerechten Übergangs beinhaltet eine gemeinsame Vision, in der Arbeitsplätze, gute Arbeit und Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Das Thema Klimawandel wird in einem gerechten Strukturwandel mit Beschäftigung verbunden. Klimapolitische Maßnahmen schaffen Möglichkeiten für Arbeitsplätze in neuen Sektoren, stellen aber Herausforderungen für traditionelle und energieintensive Industrien dar.

Just Transition kann als ein Konzept verstanden werden, in dem die Gewerkschaftsbewegung die Komplexitäten des Übergangs in eine kohlenstoffarme und klimaresiliente Wirtschaftsweise sowie die dazu gehörigen Anforderungen an öffentliche Politik erfasst. Damit kann im Zuge des Übergangs der Nutzen für ArbeitnehmerInnen und ihr Lebensumfeld maximiert werden und die Kosten, die sie tragen müssen, minimiert. Ein gerechter Strukturwandel nimmt sich der Ängste von BürgerInnen an und schafft so mehr Unterstützung für ambitionierte Handlungen zur Bewältigung des Klimawandels (ITUC 2013b; vgl. UNFCCC 2013d: 8).

Herausforderungen werden jedoch in traditionellen und energieintensiven Industrien entstehen. Eine gut bewältigte Transformation berücksichtigt durch die Schaffung guter und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze auch die Bedürfnisse der Beschäftigten. Zu den Schlüsselkomponenten eines gerechten Strukturwandels gehören solide Investitionen, die Untersuchung der Auswirkungen von Emissionsreduktionen, sozialer Dialog, Weiterbildung und Qualifizierungen, soziale Sicherheit, lokale Analysen und ökonomische Diversifizierung.

Die Rolle der UNFCCC in der Förderung eines gerechten Strukturwandels könnte aus folgenden Aktivitäten bestehen:

- Präsentation von Best Practices,
- Planung und Identifikation erfolgreicher Politikimplementierungen,
- Bewertung von Finanzierungsbedarf,
- Dialogen mit Stakeholdern, um Good Practices zu sammeln,
- Kooperation mit der ILO (UNFCCC 2013d: 6).

Rachel Harris von der Women's Environment & Development Organization (WEDO) sprach sich dafür aus, dass für eine nachhaltige Zukunft Geschlechtergleichheit in den gerechten Strukturwandel und in gute Arbeit integriert werden muss. Um vollständige Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder in der formalen Wirtschaft zu gewährleisten, müssen alle Formen sozialer Diskriminierung abgeschafft werden. Dazu gehören auch die Hindernisse, mit den Frauen am Arbeitsmarkt konfrontiert sind, z.B. durch unbezahlte Haus- und Sorgearbeit (UNFCCC 2013d: 6f., vgl. ENB 2013: 3).

Marek Harsdorff von der ILO bezog sich auf die Publikation „Working Towards Sustainable Development“. Darin wird das Potential dargelegt, 15 bis 60 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze während des Übergangs zu schaffen (ILO 2012: viii). Diese Zuwächse können z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Auch er betonte die Notwendigkeit eines sozialen Dialogs zwischen allen betroffenen Stakeholdern, notwendige Qualifikationen für grüne Arbeitsplätze z.B. durch Umschulungen, die Entwicklung grüner Unternehmen, aktive Beschäftigungspolitiken sowie soziale Sicherung. Eine *Green Economy* sollte zudem so gestaltet werden, dass soziale, ökonomische und umweltbezogene Bedürfnisse kohärent sind. So können Klimaschutzmaßnahmen zur Reduktion von Ungleichheit und mehr sozialer Inklusion beitragen (UNFCCC 2013d: 6f., ENB 2013: 3).

Im Folgenden werden noch jene Argumente einzelner Teilnehmenden dargestellt, die für unser Thema wichtig sind (UNFCCC 2013d: 7ff). Eine Repräsentantin der USA sieht die Diskussion eines gerechten Strukturwandels innerhalb des UNFCCC-Prozesses als hilfreich für öffentliche Aufmerksamkeit an. So können Länder bei der Gestaltung von Klimapolitiken besser verstehen, dass mögliche Folgen für Arbeitskräfte und die Ausbildung von Beschäftigten in Betracht gezogen werden müssen. Die Repräsentanten Indiens und Sierra Leones betonten die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung für Entwicklungsländer. Ohne engagierte Unterstützung in der Implementierung von Aktivitäten, die auf gerechten Strukturwandel abzielen, wird es keine ökonomische Transformation in den Ländern geben.

2.4.1 Vorlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Für das Thema dieser Studie hat ein schriftlicher Beitrag des IGB besondere Bedeutung (ITUC 2013a). Er geht davon aus, dass sich die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern 2010 gegenüber 2007 um 50 % erhöht hatte. Die Anzahl der Menschen, die weltweit unter einem Mangel an angemessener Ernährung, Unterkunft, Wasser und Lebenschancen leiden, ist erschreckend. 1,4 Milliarden Menschen leben in extremer Armut, mit weniger als 1,25 US\$ am Tag, und beinahe eine Milliarde Menschen leiden Hunger (ITUC 2013a: 1f.). Unter diesem Szenario ist eine Debatte über die Wege in eine treibhausgasarme, klimaresiliente und nachhaltige Entwicklung, die Themen wie Arbeitsplätze, gute Arbeit und Gerechtigkeit ausspart, für ArbeitnehmerInnen unzureichend.

Im Zentrum der Diskussion um einen gerechten Strukturwandel liegen für den IGB die Interdependenzen zwischen Klimawandel, Klimaschutz und Beschäftigung. Wird die Wirkung des Klimawandels auf Arbeitsplätze nicht berücksichtigt, kann dies zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung führen. Unregelmäßige Regenfälle beeinflussen etwa die Ernten in der Landwirtschaft und die Einkommen von ArbeitnehmerInnen. Die zunehmende Häufigkeit von Naturkatastrophen wirkt sich negativ auf Handwerks- und Dienstleistungssektoren aus.

Umgekehrt können Klimaschutzmaßnahmen auch Arbeitsplätze schaffen. Klimabezogene Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, öffentlichen Verkehr, Wassermanagement, nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft bieten Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies kann direkte positive Konsequenzen auf die Wertschöpfungsketten in diesen Sektoren haben. Außerdem werden Emissionsreduktionen und Anpassungspolitiken elementare Transformationsprozesse in die Arbeitswelt bringen, zum Beispiel in Sektoren mit hoher Energieintensität.

Darum, so der IGB, sei der Geist der Entscheidung der COP 16 so bedeutsam. Dort haben sich alle Vertragsstaaten in der „gemeinsamen Vision“ zu einem gerechten Strukturwandel verpflichtet. Eine klare Botschaft wurde formuliert, in der deutlich würde, dass die Bedürfnisse von Beschäftigten und ihrer Familien in der Transformation vollständig inkorporiert werden können (ITUC 2013a: 2).

3 GEWERKSCHAFTEN UND INTERESSEN VON ARBEITNEHMERINNEN IM UNFCCC-PROZESS

Gewerkschaften und Klimawandel erscheinen nicht sofort als miteinander verbundene Themenbereiche.¹³ Einerseits gibt es weltweit viele Beispiele von Gewerkschaften, die an der Seite von Unternehmen umweltverschmutzende Industrien erhalten – damit allerdings auch die Arbeitsplätze und den Lebensunterhalt ihrer Mitglieder. Dieses Spannungsfeld analysieren etwa Ritt (1998) und Brandl/Hildebrandt (2002). Andererseits lassen sich auch viele Beispiele aus den Umweltbewegungen nennen, die nicht die möglichen negativen sozialen und beschäftigungspolitischen Aspekte von weitreichenden Umweltschutzmaßnahmen in Betracht ziehen (Felli 2014: 373).

Gewerkschaften haben jedoch während des letzten Jahrhunderts eine durchaus wichtige Rolle in der Entwicklung von staatlichen Umweltpolitiken in Industrieländern gespielt. Gesundheits- und Sicherheitsfragen am Arbeitsplatz haben häufig zu Allianzen mit lokalen sozialen Bewegungen geführt. Gleichzeitig betrifft der Klimawandel auch das gegenwärtige Kerngeschäft von Gewerkschaften, denn Umweltregulierungen (oder ihr Fehlen) können in bestimmten Sektoren die Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten tangieren (Felli 2014, Rätzzel und Uzzell 2011, Sweeney 2014).

3.1 Klimapolitik internationaler Gewerkschaften

Internationale Gewerkschaften sind die einzigen Organisationen, die auf globaler Ebene Beschäftigte repräsentieren. Sie haben dahingehend eine repräsentative Struktur, dass ihre Basis unterschiedlichste nationale Gewerkschaftsorganisationen sind. Sie sind jedoch in Relation zu den sie konstituierenden nationalen Gewerkschaften, ihre Ressourcen und ihre politische Bedeutung betreffend eher schwach aufgestellte Organisationen (Felli 2013: 375ff.). Dennoch stellen sie intellektuelle und technische Kapazitäten zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Debatten innerhalb nationaler Gewerkschaftsbewegungen zu beeinflussen. Insbesondere Themengebiete wie der Klimawandel, die historisch nicht zentrale Themen organisierter ArbeitnehmerInnen sind, können sie daher inhaltlich und strategisch gut besetzen (Felli 2014: 375).

Die Existenz einer breit geteilten, progressiven Position zum Klimawandel ist den Anstrengungen dieser Organisationen und einiger Individuen zu verdanken. Felli (2014: 378) nennt hier den Internationalen Gewerkschaftsbund IGB, das Trade Union Advisory Committee TUAC der OECD und Sustainlabour (s. unten).

Der IGB wurde 2006 – als Zusammenschluss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, des Weltverbands der ArbeitnehmerInnen und weiterer internationaler Dachverbände – gegründet und ist damit die auf globaler Ebene wichtigste Gewerkschaftsorganisation. Vermittelt über 312 angehörige Organisationen in 155 Ländern repräsentiert sie fast 170 Millionen ArbeitnehmerInnen. Das Programm des IGB unterstreicht die Notwendigkeit für die internationale Gemeinschaft, eine übergreifende Strategie für nachhaltige Entwicklung zu

¹³ Wissenschaftliche Forschung zum in dieser Studie dargelegten Themenfeld ist spärlich gesät. Die Forschung zu gewerkschaftlicher Politik und ArbeitnehmerInneninteressen im Zusammenhang zu sozial-ökologischen Fragen im Allgemeinen ist wesentlich breiter aufgestellt, vgl. etwa Felli 2014, Stevis 2011, Barca 2012, Sweeney 2014, Rätzzel und Uzzell 2011, Rosemberg 2010, Littig 2012, Brand/Niedermoser 2016, Barth et al. 2016.

entwickeln, mit der die Verbindungen zwischen Arbeit und Umwelt konstruktiv bearbeitet werden. Im Jahr 2007 wurde die „Task Force on Climate Change“ des IGB gegründet. Damit sollte das öffentliche Profil klimabezogener Sozialpolitik (Beschäftigung, Einkommen, Migration, etc.) gestärkt werden. Darüber hinaus bietet ein von der „Internationalen Arbeitsstiftung für Nachhaltige Entwicklung“ (Sustainlabour) koordiniertes Arbeitsprogramm zu Arbeit und Umwelt, Weiterbildung für GewerkschafterInnen zum Thema Klimawandel an (ITUC 2009: 9, www.sustainlabour.org).

Im Jahr 2007 gründeten Gewerkschaften die „Ad-Hoc Working Group on Climate Change“, um zu weiteren UNFCCC-Verhandlungen mit inhaltlichen Positionierungen beizutragen. In der Arbeitsgruppe wirkten die European Trade Union Confederation (ETUC), fünf globale Branchendachverbände (Building and Woodworkers' International, International Transport Workers' Federation, Public Services International, the International Textile, Garment and Leather Workers' Federation und die International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions), zwei internationale Gewerkschaftsinstitutionen (IGB und TUAC) sowie die ILO als ein UN-Organ mit (ITUC 2009: 9f.).

Der zweite Kongress des IGB fand 2010 in Vancouver statt. Dort wurde eine Resolution angenommen, in der dargelegt wird, wie Klimawandel durch nachhaltige Entwicklung und durch einen gerechten Strukturwandel¹⁴ bekämpft werden soll. So hält der Kongress fest, „dass die zahlreichen Krisen – Energie, Nahrung, Arbeitsplätze und Klima –, vor denen die Welt gegenwärtig steht, gemeinsame Ursachen haben und auf ein sozial ungerechtes, ökologisch nicht nachhaltiges und wirtschaftlich ineffizientes Modell zurückgehen, das nicht imstande ist, Millionen Menschen menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dieses Modell knüpft die Schaffung von Wohlstand an die Zerstörung der Umwelt und verursacht inakzeptable Ungleichheit.“ (ITUC 2010c) Dieses Engagement für soziale Gerechtigkeit wird als Gegenentwurf zu neoliberaler Politik, der staatlichen Subventionen an Unternehmen und Deregulierung entwickelt (Felli 2014: 378).

IMF, der internationale Bund der Gewerkschaften der MetallarbeiterInnen, organisierte 2009 eine internationale Konferenz, um Forderungen für eine internationale Vereinbarung zur Klimapolitik zu formulieren. Die ITF (International Transport Workers' Federation) hat 2010 auf ihrer Weltkonferenz Klimawandelthemen prominent platziert (Räthzel und Uzzell 2011: 5).

3.2 Gewerkschaften in den internationalen Klimaverhandlungen

Gewerkschaftliches Engagement in globalen Umweltverhandlungen nahm in den früheren 1990er Jahren systematische Gestalt an. Die zunehmende Prominenz des Konzepts nachhaltige Entwicklung hat viel zur Verknüpfung der Themenfelder Arbeit und Ökologie beigetragen (Stavis and Felli 2014¹⁵). Internationale Gewerkschaften haben unterschiedlichste Dokumente und Resolutionen produziert. Sie organisierten Konferenzen und nahmen an den internationalen Klimaverhandlungen teil (Felli 2014: 374).

Auf nationaler Ebene wird in industrialisierten Ländern, vor dem Hintergrund von Machtverlusten und sinkenden Mitgliederzahlen, Klimawandel in der Regel nicht als zentrale Priorität in Organisationsprozessen angesehen. Die Strategie internationaler Gewerkschaften ist es daher, den Klimawandel derart zu thematisieren, dass es von den nationalen Gewerkschaften aufgegriffen werden kann. Auch innerhalb der nationalen Gewerkschaften finden Auseinandersetzungen darüber statt, wie sich Gewerkschaften in Bezug auf die ökologische Krise in Zukunft ausrichten werden (Felli 2014: 392).

14 Für den Begriff „Just Transition“ benutzt der IGB in den deutschen Fassungen seiner Dokumente den Begriff „gerechter Übergang“ an Stelle von „gerechter Strukturwandel“; aus Gründen der Konsistenz wurde in der vorliegenden Studie einheitlich der Begriff „gerechter Strukturwandel“ verwendet.

15 Keine Seitenzahlen im Text

Bereits 1990 hat die ICFTU eine Publikation mit dem Titel „Trade Unions and the Environment. Proposals for Action“ herausgegeben. Anlässlich der ersten Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 1995 in Berlin war der DGB v.a. auf nationaler Ebene mit der Forderung eines verstärkten internationalen Engagements sehr aktiv¹⁶. Er forderte die Vorlage und Verabschiedung eines weltweiten Klimaprotokolls mit verbindlichen Zielen zur Umsetzung der UNFCCC. Aktiv in klimapolitischen Fragen waren in den ersten Jahren der Klimaverhandlungen v.a. der DGB und der britische Gewerkschaftsdachverband TUC. Die US-amerikanischen Gewerkschaften haben in den ersten Jahren der Klimaverhandlungen den klimapolitischen Prozess in der ICFTU blockiert, sich später jedoch aktiv und progressiv in die Klimapolitik eingebracht (vgl. Kap. 4.8). Der Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit einer Beteiligung an internationaler Klimapolitik war zwischen den Mitgliedern auf europäischer Ebene wesentlich höher. Aufgrund inhaltlicher Differenzen kam es häufig zu Allianzen, die nicht alle Akteure einbezogen (Beisheim 2004: 186).

Zu den internationalen Klimaverhandlungen sind Gewerkschaften erst dazu gestoßen, als die UNFCCC bereits ratifiziert, die erste Vertragsstaatenkonferenz in Berlin abgehalten und die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll bereits fortgeschritten waren (Sweeney 2014: 4). Auf den frühen Vertragsstaatenkonferenzen hatten die Gewerkschaften nur beschränkte Kapazitäten, um eine klare und deutliche Botschaft zu formulieren, da sie sich zwischen Unternehmen, NGOs und Regierungen behaupten mussten. Dieses Problem besteht bis heute fort, obwohl die Anzahl der sich beteiligenden Gewerkschaften stark gestiegen ist. Bis 2003 lag ihre Zahl noch im einstelligen Bereich und ihre Betätigung beschränkte sich auf Informationssammlung und Beobachtung (Sweeney 2014: 4f.).

Zur COP 3 in Kyoto im Jahr 1997 wurde vom ETUC ein Papier entwickelt, zu dem die Zustimmung der nationalen Gewerkschaftsdachverbände eingeholt wurde.¹⁷ Der ETUC und die ICFTU veranstalteten in der Folge gemeinsame Workshops auf den COPs. Allgemeines Ziel war es, soziale und beschäftigungspolitische Themen in den internationalen klimapolitischen Verhandlungsprozess einzubringen. Für die COPs erarbeitete die ICFTU ausführliche „Trade Union Statements“, die sie als redeberechtigter „Major Player“ in die Verhandlungen einbrachte (Beisheim 2004, 187; vgl. Kap. 1).

Verschiedene Akteure (neben den Gewerkschaften auch NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen) betreiben inzwischen aktives Lobbying für die Übernahme sozialer Aspekte in klimapolitische Entscheidungen. Dies passiert sowohl auf Ebene der UNFCCC, als auch auf nationaler Ebene (Rosemberg 2010: 152). Gerade kleine Gruppen sind jedoch auf den Treffen der UNFCCC mit prozessualen und logistischen Herausforderungen konfrontiert. Eine große Anzahl verschiedener Veranstaltungen finden parallel statt und erschweren manchen Staaten eine effektive Teilnahme. Sie sind beständig mit Diskussionen über Tagesordnungen oder Verfahrensweisen beschäftigt und haben daher wenig Zeit für die eigentlichen Inhalte (Briner et al. 2014: 7).

In den internationalen Klimaverhandlungen ist unter den gewerkschaftlichen Organisationen der IGB der maßgebliche Akteur. Ein Jahr nach seiner Gründung forderte er ein, dass Gewerkschaften, wie auch Unternehmen oder NGOs, als formale Interessensgruppe im UNFCCC-Verhandlungsprozess anerkannt werden. Der formale Beobachterstatus wurde ihnen auf der COP 13 in Bali (2007) zuerkannt. Die Anzahl der Gewerkschaftsdelegierten stieg auf 91, die aus 22 Ländern kamen (Sweeney 2014, 4f.). Am Ende von Abschnitt 2.3. wurden bereits wichtige gewerkschaftliche Positionierungen dargestellt.

Unter den 80.000 Menschen aus den Klimabewegungen, die an den Demonstrationen zur COP 15 in Kopenhagen (2009) teilnahmen, waren nur wenige aus den Gewerkschaften. Dänische Gewerkschaften haben sich gegen eine Beteiligung sowohl an den Protesten als auch am außerhalb der offiziellen UNFCCC-Verhandlungen stattfindenden Klimaforum ausgesprochen. Dies reduzierte auch das Interesse anderer Gewerkschaften,

16 Der DGB hat nicht nur bereits in den 1970er Jahren ein Verständnis für die Notwendigkeit entwickelt, Umweltprobleme als soziales und gewerkschaftliches Politikfeld zu verstehen. In Schriften des DGB der 1990er Jahre wird gefordert, den Klimawandel auch auf politischer Ebene als globale Aufgabe zu verstehen (Beisheim 2004).

17 Vgl. ETUC/Willy Buschak. 2003. The ETUC and the Kyoto process.

die andernfalls an den Demonstrationen teilgenommen hätten. Sichtbar waren dennoch Gewerkschaften aus Frankreich und Belgien sowie die 400 Köpfe starke globale Delegation des IGB (Sweeney 2014, 8).

Als Teil der COP 15 in Kopenhagen und COP 16 in Cancún organisierten lokale und internationale Gewerkschaften Workshops im Pavillon „World of Work“, die von mehr als 1.000 TeilnehmerInnen besucht wurden. Weitgehender Konsens bestand darin, dass es für GewerkschafterInnen nicht mehr zu akzeptieren sei, Umweltbelange zu ignorieren oder diese bei den Akteuren aus den Umweltbewegungen zu belassen (Räthzel und Uzzell 2011: 5).

Auf der COP 16 und COP 17 in Durban waren jeweils ungefähr 200 Delegierte der Gewerkschaften anwesend und trugen dazu bei, dass die Klimaverhandlungen nach dem Desaster von COP 15 in Kopenhagen ein Stück weit wiederbelebt werden. Teil dieser Wiederbelebung war, dass im Entwurf des Verhandlungstextes das Konzept *Just Transition* formal anerkannt wurde. Es bestand die Hoffnung, dass die Forderungen auf der COP 17 in Durban 2011 konsolidiert werden könnten (Sweeney 2011: 149; siehe unten). An der COP 18 in Doha und an der COP 19 in Warschau nahmen aber nur jeweils circa 50 GewerkschafterInnen teil.

3.3 Positionen von Gewerkschaften: Gerechter Strukturwandel (*Just Transition*)

Der Kern der globalen Gewerkschaftsagenda besteht, wie auch viele nationale Gewerkschaftsprogramme, in der Forderung nach einer Ausweitung nachhaltiger Entwicklung, die auch soziale Gleichheit und Gerechtigkeit einschließt. Das Potenzial grüner Arbeitsplätze wird hervorgehoben sowie die Forderung nach einem gerechten Strukturwandel (*Just Transition*) (Stavis 2011: 149, Wukovitsch 2015a).

Der Begriff *Just Transition* begann seine Karriere Ende der 1990er Jahre, u.a. in kanadischen Gewerkschaften, die das Gegeneinander-Ausspielen von Arbeitsplätzen und Umweltschutz kritisierten. In den folgenden zehn Jahren hat sich die Wahrnehmung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber ökologischen Herausforderungen weiterentwickelt. *Just Transition* wird als Konzept verstanden, in dem von Seiten der ArbeitnehmerInnenbewegung die Komplexität hinsichtlich eines Übergangs hin zu einer kohlenstoffarmen und klimaresilienten Ökonomie erfasst werden soll. Dabei sollen die Vorteile für Beschäftigte maximiert und ihre Entbehrung minimiert werden. Der IGB sieht *Just Transition* als ein Mittel, um den Weg hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft zu ebnen. Zudem eröffnete das Konzept einer *Just Transition* Hoffnung auf die Potenziale einer *Green Economy*, um angemessene Arbeitsplätze und Lebensunterhalt für alle zu schaffen (Rosemberg 2010: 141; vgl. ITUC 2009; kritisch dazu Wukovitsch 2015b, Brand 2012, 2015).

In den Augen von Felli (2014: 378) sind internationale Gewerkschaften zum größeren Teil den technischen Lösungen der Klimakrise zugewandt. Damit sind sie auf einer Linie mit jenen, die eine ökologische Modernisierung voranbringen wollen. Sie nehmen die Ergebnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ernst, sowie das übergreifende Ziel, die globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren (Felli 2014: 378).

Gewerkschaften fordern, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel und anderen finanzbasierten Mechanismen so verwendet werden sollen, dass sie nachhaltige Entwicklung unterstützen. Sie werben für einen von Unternehmen, Regierungen und Gewerkschaften geschlossenen sozialen Konsens zum Klimaschutz (Sweeney 2014: 4). Die Orientierung am Prinzip der Sozialpartnerschaft mag daraus resultieren, dass von den wenigen Gewerkschaften, die den UN-Versammlungen beiwohnen, die meisten aus Europa sind. Generell, so Sweeney, gingen Gewerkschaften weniger auf die häufig geübte Kritik an marktbasierenden Mechanismen zum Klimaschutz ein, sondern fokussierten sich darauf, während der Verhandlungen eine klare und positive Botschaft zu übermitteln. Mit dem Konzept eines gerechten Strukturwandels wiesen sie darauf hin, dass soziale Aspekte in die Beschlüsse integriert werden sollen (Sweeney 2014: 4).

Zur Verhinderung von Argumentationen, in denen Klimaschutz als Bedrohung für nationale Wirtschaftskraft erachtet wird (wie z.B. geschehen im Zuge der Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die USA), wird

ein besseres Verständnis der ökonomischen und sozialen Aspekte von Klimapolitik als dringlich erachtet (Rosemberg 2010: 128). Vulnerabilität gegenüber Klimaänderungen ist eine direkte Konsequenz von Armut. Arme Menschen haben weniger Ressourcen, um Anpassungsstrategien zu planen und zu implementieren. Dies betrifft neben ihren Arbeitsplätzen, auch gefährdete Wohnorte oder das soziale Umfeld, das z.B. mit durch den Klimawandel induzierte Gesundheitsrisiken konfrontiert ist. Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel können vorteilhafte Dynamiken hervorbringen, die z.B. lokale Arbeitsplatzbeschaffung fördert. Gepaart mit angemessenen Löhnen, können diese den Wohlstand von Beschäftigten mehren und dadurch ihre Vulnerabilität reduzieren. Zwar sind von Seiten der ILO und der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) Forschungen dazu vorhanden, aber diese wurden bisher kaum in den Verhandlungen der UNFCCC erwähnt – wo jedoch die bedeutenden Entscheidungen über Maßnahmen zur Klimawandelanpassung getroffen werden (Rosemberg 2010: 133).

Just Transition liegt im Zentrum der taktischen Debatten und Fortschritte der gewerkschaftlichen Einflussnahme im Prozess der internationalen UN-Klimaverhandlungen. Während der COP 16 in Cancún wurde Just Transition in die Verhandlungsdokumente eingebracht. Der Erfolg des Konzepts kann auch darauf zurückgeführt werden, dass *Just Transition* zum Teil einen leeren Signifikanten darstellt. Das heißt, dass mit dem Begriff auch konfligierende Visionen ausgedrückt werden können, ohne diese Unstimmigkeiten gleichzeitig auszudrücken (Felli 2014: 379). Für internationale Gewerkschaften liegt die strategische Bedeutung darin, dass die Ziele Emissionsreduktion und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden werden. Für die notwendige Transformation hin zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft müssen Bedingungen geschaffen werden, in denen ArbeitnehmerInnen und ihre Gemeinschaften nicht negativ betroffen sind (Felli 2014: 380). Grüne Arbeitsplätze werden als notwendige Elemente eines gerechten Strukturwandels beworben (Stewis und Felli 2014).

Gewerkschaften sind Akteure, durch die möglicherweise eine politische Vision des Klimawandels entwickelt werden kann. Damit könnten bestehende sozial-ökologische Verhältnisse herausgefordert und neue kohärente Visionen entwickelt werden (Felli 2014: 373).

4 GEWERKSCHAFTLICHE POSITIONEN UND INITIATIVEN AUF DEN VERTRAGSSTAATENKONFERENZEN DER KLIMARAHMENKONVENTION

Dieses Kapitel stellt dar, mit welchen Positionen und Initiativen sich Gewerkschaften in die internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen des UNFCCC-Prozesses eingebracht haben.

4.1 Gewerkschaftliche Blockadehaltung zu Beginn des Verhandlungsprozesses

Ein Jahr vor der COP 3 in Kyoto (1997) verlas Bill Cunningham ein „Statement of Labor“ während der UNFCCC Ad Hoc Group on the Berlin Mandate – das Mandat wurde bei COP 1 in Berlin im Jahr 1995 gegeben – in Bonn. Cunningham repräsentierte die AFL-CIO, den Gewerkschaftsdachverband in den USA. Im Rahmen der Konferenz repräsentierte er zudem den Dachverband der Gewerkschaften in Australien [Australian Council of Trade Unions] und die internationalen Verbände der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitsgewerkschaften [ICEM – International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions]. In dem Statement wird einerseits die Übernahme umweltpolitischer Verantwortung durch die Gewerkschaften gewürdigt, andererseits die Dramatik von Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit, die damit einhergehende Situation von ArbeitnehmerInnen in Armut und der für viele Menschen seit Jahrzehnten nicht steigende Lebensstandard hervorgehoben. Dabei werden die sozialen Leerstellen der Klimapolitik in klaren Worten aufgezeigt:

„We as organised labor find it amazing that harsh, arbitrary flat rate reductions in greenhouse gas emissions are being proposed and contemplated without regard to their impact on working people.“
(Cunningham 1997: 1)

Undifferenzierte Emissionsreduktion [flat rate reductions] könnten selbst in Ländern des globalen Nordens den Treibhauseffekt nicht nur nicht lösen, sondern sogar verstärken. Energieeffiziente Industrien könnten in manchen Ländern abgewickelt werden, während sie in anderen Ländern durch weniger effiziente Industrien ersetzt werden könnten. Cunningham beteuert, dass die ArbeitnehmerInnenschaft ihren Anteil zu einer angesichts der Klimakrise notwendigen industriellen Umstrukturierung beitragen wird. Die Kosten des Klimawandels tragen zum größten Teil ohnehin ArbeitnehmerInnen. Es wird deutlich gemacht, dass weder allein die Umwelt noch allein Unternehmensprofite oder Einnahmen der Regierungen zur Verhandlung stünden. Vielmehr wird vor der Zerstörung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Lebensgrundlagen von Millionen von arbeitenden Menschen gewarnt (Cunningham 1997: 2). Daher wird angemahnt, dass in den Klimaverhandlungen globale Lösungen gefunden werden müssen, die gerecht [fair and just] sind und keine disproportionale Belastung für ArbeitnehmerInnen bedeuten (ebd.: 3).

Cunningham stellte sich dem Übereinkommen von Kyoto entschlossen entgegen, da keine vergleichbaren Emissionsreduktionen von Entwicklungsländern gefordert wurden. Es bestand die Sorge, dass das Übereinkommen Produktionsverlagerungen ins Ausland und somit auch den Verlust von Arbeitsplätzen beschleunigen würde. Die Tatsache, dass zu jener Zeit die Pro-Kopf-Emissionen der USA sechs Mal so hoch waren wie diejenigen Chinas und zehn Mal so hoch wie jene Indiens, ließ die Gewerkschaftsspitze nicht gelten (Sweeney 2009: 54).

4.2 Kein Klimaschutz ohne die Unterstützung von ArbeitnehmerInnen

Auf der COP 4 in Buenos Aires, Argentinien (1998) war die Vorgängerorganisation der IGB, der IBFG, zusammen mit dem Trade Union Advisory Committee der OECD aktiv. In ihrem Statement fordern sie, diejenigen Szenarien zur Emissionsreduktion in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen, in denen positive und negative Effekte auf Beschäftigung berücksichtigt werden. Der Erfolg von Strategien zur Emissionsreduktion würde schließlich zentral vom Engagement der Beschäftigten, Gewerkschaften und Arbeitgeber abhängen. Damit sich eine Partnerschaft zwischen Klimapolitik und Beschäftigten materialisieren kann, so das Argument, müssen Beschäftigte die Sicherheit haben, dass ihr Lebensunterhalt nicht durch Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen bedroht ist (Sweeney 2014, 4f.).

Aus diesem Grund begannen Gewerkschaften, die Notwendigkeit einer Politik des gerechten Strukturwandels [*Just Transition*] zu artikulieren. So sollen negative Auswirkungen auf Beschäftigung, die durch Klimapolitik verursacht werden, vermieden oder entschärft werden. Zudem soll das Einkommen von Beschäftigten gesichert werden, Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten, Aus- und Weiterbildung gesichert werden. Ein gerechter Strukturwandel reduziert den Widerstand von Beschäftigten gegenüber Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen (Sweeney 2014, 4f.).

Diese Argumentation wurde im Trade Union Statement zur COP 7 in Marrakesch, Marokko (2001) fortgesetzt:

„Your efforts will only bear fruit in the real world [...], if workers support them at the level of the workplace“ (Nieto Sainz 2001)

Wichtig sind konkrete und greifbare Bemühungen, welche die kurzfristigen und regionalen Effekte auf Arbeitsplätze berücksichtigen. Andernfalls werden sie sich gegen jegliche klimapolitischen Maßnahmen wehren. Es besteht die massive Gefahr, dass ArbeitnehmerInnen sich weiter als die ersten Opfer von Klimawandelereignissen sehen. Sie haben diese Situation in Überflutungen, Wirbelstürmen, Dürren und anderen Katastrophen bereits erlebt. Zur Reduktion dieser Abwehrhaltung müssen u.a. grüne Arbeitsplätze und Programme für Übergänge in industriellen Sektoren geschaffen werden (Nieto Sainz 2001).

4.3 Sozial-ökologische Transformationsstrategien auf COP 10 (2004)

Im Statement der Gewerkschaften zur COP 10 in Buenos Aires, Argentinien (2004) wurden diese Forderungen wiederholt.¹⁸ Die Gewerkschaften verbinden mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls neue Möglichkeiten für Regierungen und Zivilgesellschaft, weil damit unter anderem bei den Beschäftigten und in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein für notwendige Veränderungen geschärft wird (ICFTU, ETUC, TUAC 2004: 1). Sie selbst sehen sich als aktiver Teil der internationalen Klimapolitik. Gleichwohl müssten die Ängste der Beschäftigten vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze und soziale Aspekte beim Strukturwandel von der Politik berücksichtigt werden.

Obwohl Regierungen in den Artikeln 2.3 und 3.14 des Kyoto-Protokolls dazu aufgerufen würden, soziale Auswirkungen, insbesondere in Entwicklungsländern, zu minimieren, seien nur wenige nationale Umsetzungsprogramme so konzipiert, dass „gerechter Strukturwandel“ ermöglicht werde (ebd.: 2). Daher wird gefordert, dass Armutsbekämpfung, die Änderung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster und ein verantwortungsbewusstes Management der natürlichen Grundlagen ökonomischer und sozialer Entwicklung übergreifende Ziele der UNFCCC und des Kyoto-Protokolls würden (ICFTU, ETUC, TUAC 2004: 2). Und es wird eine globale Beschäftigungsagenda im Kontext nachhaltiger Entwicklung gefordert.

¹⁸ Der englische Text des Positionspapiers ist in Anhang I wiedergegeben.

Insgesamt, so das Gewerkschafts-Statement von 2004, sind die Forderungen und Ziele weitreichend: Die arbeitsmarktpolitischen und ökologischen Konsequenzen der Liberalisierung von Treibhausgasemissionen müssen evaluiert werden. Energieproduktion und -verteilung muss als öffentliche Dienstleistung erhalten bleiben und sich an den Kyoto-Zusagen orientieren. Gleichzeitig muss ein gerechter und gleichberechtigter Zugang zu Energie, das Vorantreiben erneuerbarer Energieträger sowie eine übergreifende Reduktion des Energiekonsums gewährleistet werden (ebd.: 2).

Besonderes Augenmerk sollte bei den Strategien für einen gerechten Strukturwandel und den entsprechenden nationalen Implementierungsplänen zur Reaktion auf den Klimawandel auf die Ausbildung von ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen gelegt werden, wie es Artikel 6 der FCCC auch festlegt (ebd.: 2)).

Ein Jahr nach dieser Stellungnahme wurden auf der COP 11 in Montreal (2005) die Forderungen sehr knapp gehalten. Grundsätzlich geht es darum, die Implementierung des Kyoto-Protokolls durch Sozialen Dialog und Konsensbildung auf nationaler Ebene voranzutreiben. Weiterhin sollen u.a. gemeinsame Aktionen von Unternehmen und Gewerkschaften zur Reduktion von CO₂, Energieeinsparung und Alternativen beworben werden. Die Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an Entscheidungsprozessen und die Kernarbeitsnormen der ILO sollen berücksichtigt werden.

Auf der COP 11 fand zudem ein *Side Event* zu den „National Frameworks for the World of Work“ statt. Umweltminister aus Argentinien, Belgien, Spanien und dem Vereinigten Königreich nahmen daran teil (ICFTU, ETUC, TUAC 2005: 1).

4.4 Klimafreundliche Energie und Technik

Der IGB betont die Rolle des Transfers nachhaltiger Technologien für die Transformation hin zu einer emissionsarmen Gesellschaft. Insbesondere in Entwicklungsländer gehe es dabei auch um die Entwicklung endogener Kapazitäten, wobei der Weg dorthin weniger klar sei. Insbesondere würde ignoriert, dass Technologietransfer auch mit einem Transfer der Qualifikationen von ArbeitnehmerInnen einhergehen muss (ITUC 2011: 6).

Während der COP 12 in Nairobi (2006) wurden von Seiten der Gewerkschaften die technischen Möglichkeiten der Reaktion auf den Klimawandel stärker hervorgehoben. Die Rolle von Emissionsreduktionen am Arbeitsplatz wurde betont, und es wurden Energieeinsparungen, Effizienzstandards für Fahrzeuge, im Bauwesen und bei der Kohleverbrennung gefordert. Die Investitionen sollen stärker auf erneuerbare Energieträger in ihrer Bandbreite gelegt werden: Solar, Wind, Biomasse, Wasserkraft, „clean coal“, Erdgas und Fahrzeuge mit modernster Technologie. Neue Technologien sollen entwickelt werden, z.B. Kraft-Wärme-Kopplung sowie Kohlenstoffbindung und -speicherung [Carbon Capture and Storage, CCS] (Sweeney 2014: 5).

Diese technischen Aspekte betonten die Gewerkschaften¹⁹ auch auf der COP 14 in Poznan (2008). Politiken wurden angemahnt, die ein „greening at the workplace“ ermöglichen. Weiterhin wird von der Kultivierung einer neuen Arbeitsplatzkultur gesprochen, in der Energie- und Ressourceneffizienz vorangetrieben wird (Sweeney 2014: 5).

4.5 Die Klimakrise anerkennen

In der Rede des Gewerkschafters Tony Maher zum Plenum der UNFCCC auf der COP 13 in Bali (2007) deutet sich eine Diskursverschiebung an, die tendenziell weg von der direkten Betroffenheit der ArbeitnehmerInnen geht, und sich stärker an pragmatischeren und lösungsorientierteren Ansätzen orientiert. Der Schwerpunkt

19 ETUC, et al. „Climate Change and Employment“ op cit. 2007.

liegt zunächst auf den Vorteilen der *Green Economy* bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. Sweeney 2014, 7):

„Because these negotiations are ultimately about jobs. Jobs in new industries, jobs in existing industries. Hundreds of millions of jobs. Effectively combating climate change is ultimately the biggest trade and employment treaty process ever attempted by the nations of Earth.“ (Maher 2007)

Auch das Konzept *Just Transition* wird hier eng gefasst. Um die Erderwärmung zu reduzieren, müssen manche Industrien schrumpfen, während andere wachsen. Dafür sind Umschulungen für ArbeitnehmerInnen notwendig (Maher 2007: 1f.).

Die Gewerkschaften unterstützen den auf der Vertragsstaatenkonferenz angenommenen „Bali Action Plan“, der, in Übereinstimmung mit dem IPCC, eine starke Senkung von Emissionen vorsah. Auch die ETUC mahnte Dringlichkeit an:

„We don't have time for the luxury of talking for two years before taking action. We hope that the consensus reached in Bali marks the start of a serious worldwide commitment. The hard work starts now.“²⁰ (Sweeney 2014: 7)

Auf der COP 14 in Poznan (2008) jedoch brach der US-amerikanische AFL-CIO mit der Forderung des IGB an Regierungen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Ziele zu verfolgen. Er gab ein eigenes Statement heraus, in dem er darauf hinwies, dass die hohe Abhängigkeit der USA von fossilen Brennstoffen, spezifische Herausforderungen für kurzfristige Klimaschutzpolitiken benötigen würde. So sollen nicht die Beschäftigten, die Wirtschaft und die KonsumentInnen übermäßig geschädigt werden (Sweeney 2009: 55).

4.6 Bewältigung des Klimawandels durch Green Jobs

In Vorbereitung der COP 13 wurde ein Statement von der Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht. Darin wurde die Verbindung von Beschäftigung und Klimawandel klar zum Ausdruck gebracht. Der Schutz von Arbeitsplätzen, so der IGB, sei für Länder des globalen Nordens oft Grund dafür gewesen, sich nicht für die Reduktion von Treibhausgasen einzusetzen. Inzwischen sei jedoch verifiziert, dass Klimaschutz positive Beschäftigungseffekte habe. Auf fossile Energieträger angewiesene Produktionssektoren stünden aufgrund notwendiger Emissionsreduktionen vor grundlegenden Transformationen (Rosemberg 2010: 129, vgl. ITUC 2007).

Das Statement ist ein umfassendes Papier von über zwanzig Seiten, in dem detaillierte Aspekte der Verbindung von beschäftigungs- und klimapolitischen Themen in jedweder Hinsicht durchgearbeitet werden. Es geht neben dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen um soziale Sicherungssysteme, technologische Möglichkeiten und soziale Verantwortung. Auch die Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen in der Herstellung von Klimagerechtigkeit wird betont (ITUC 2007: 11).

Die Gewerkschaften unterstützen ein damals diskutiertes ambitioniertes zweites Kyoto-Abkommen, in dem auf die drängende Notwendigkeit eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus hingewiesen wird:

„We are confident that Bali will mark the beginning of a new and more ambitious process of social change, where our collective hearts and minds must aspire to save our planet, on the basis of solidarity and mutual respect. The ITUC General Council in June 2007 called for urgent need to tackle climate change as a priority for new trade union internationalism.“ (ITUC 2007: 2)

Dem Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ folgend, müssen alle Länder eine Rolle im Nachfolgeabkommen zu Kyoto spielen, basierend auf ihrem Stand ökonomischer und sozialer Entwicklung.

²⁰ ETUC. „Bali: ETUC welcomes roadmap but regrets failure to agree emissions targets“ 18. Dezember 2007.

In einem neuen Abkommen sollen aber auch Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und ein gerechter Strukturwandel eine Rolle spielen (ITUC 2007: 3).

Der IGB nimmt Bezug auf den vierten Bericht des IPCC von 2007 und hält fest, dass die Wirkungen auf die Wirtschaft und damit auch auf Beschäftigung katastrophal sein werden, sofern keine ambitionierten Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen ergriffen werden. Im Gegensatz zum gängigen Argument, dass Klimaschutz sich negativ auf Beschäftigung auswirken würde, ist aber inzwischen unter Beweis gestellt worden, dass dadurch positive Netto-Beschäftigungseffekte entstehen können. Gewerkschaften gehen davon aus, dass Klimawandel eine potentiell positive Gelegenheit bedeutet, Arbeitsplätze auf der Basis einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft zu schaffen (ebd.: 4).

„It's time for Green Jobs“ heißt es weiter im Statement. Sie nehmen dabei Bezug auf die Definition der ILO: „Green Jobs are 'Decent Jobs'“. Arbeitsplätze in Wirtschaftssektoren, die zu einer klimafreundlichen Wirtschaftsweise beitragen, haben hohe Arbeitsstandards und -bedingungen, zeichnen sich aber gleichzeitig durch hohe ökologische Effizienz und niedrige Emissionswerte aus. Sie tragen das Versprechen in sich, gute Bedingungen und Einkommen für die Beschäftigten zu schaffen und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zu gewährleisten (ITUC 2007: 6). Auf der COP 14 in Poznan (2008) wurde die „Green Jobs-Strategie“ weitergeführt (Sweeney 2014: 5).

Nochmals unterstrichen wird, dass angesichts der Klimakrise Veränderungen in manchen Wirtschaftssektoren notwendig sind. Dieser Strukturwandel sollte jedoch gerecht gestaltet werden, so dass Härten für ArbeitnehmerInnen vermieden werden. Besonders berücksichtigt werden sollte auch die wirtschaftliche Diversifizierung von Regionen, wo z.B. Kohlekraftwerke geschlossen werden sollen, so dass die Menschen in den Regionen nicht nur von einem Arbeitsort abhängig sind (ITUC 2007: 6f.; vgl. ITUC 2009b).

Die Finanzierung von Klimapolitik sollte sich stärker langfristigen, nicht-spekulativen Investitionen widmen, z.B. benötigen kohlenstoffarme Technologien einen langfristigen Horizont zur Amortisierung der Investitionen (ITUC 2007: 14).

Mit Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel soll Armut bekämpft, gute Arbeit geschaffen und Solidarität hergestellt werden (ITUC 2007: 7). Mit dem Versuch, durch Klimawandelanpassungsmaßnahmen die Vulnerabilität von Menschen zu reduzieren, eröffnen sich neue Pfade für wirtschaftliche Entwicklung. Damit können Menschen, respektvolle ArbeitnehmerInnenrechte und die Umwelt in den Mittelpunkt der Wirtschaftsweise gestellt werden (ITUC 2007: 9).

Auch hier wird klar betont: Die Maßnahmen zur Bewältigung der Übergänge lassen sich unter dem Konzept *Just Transition* zusammenfassen. Sie sind von zentraler Bedeutung, um breite Unterstützung für Klimapolitiken zu gewinnen, und sollten daher kollektiv entschieden werden. Durch das Einbeziehen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in umweltbezogene Entscheidungen ist gesellschaftlicher Fortschritt möglich (ITUC 2007: 11). Sie schließen mit dem Fazit, dass die Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an Entscheidungsprozessen und den notwendigen Übergängen in der Arbeitswelt das Potential von ArbeitnehmerInnen im Kampf gegen den Klimawandel erst freisetzen wird (ITUC 2007: 21).

4.7 *Just Transition* gelangt in den Verhandlungstext der UNFCCC

Die in Kopenhagen 2009 getroffene Vereinbarung resultierte für die Gewerkschaftsdelegation in einer Enttäuschung darüber, dass das Prinzip des „gerechten Strukturwandels“ nicht in der Übereinkunft von Kopenhagen (Copenhagen Accord) festgeschrieben wurde. So bleiben die Positionen, die sich an einem ökologischen Wirtschaftsweise orientieren, marginal – egal ob sie sich an der stärker marktbasierter Version der UNEP orientieren oder am stärker neo-keynesianischen Modell der Gewerkschaften. Dabei hatten im Vorfeld zur COP 15

VerhandlerInnen der Ad Hoc Working Group On Long-Term Cooperative Action die Terminologie *Just Transition* in einem Entwurf des Verhandlungstextes akzeptiert. Diese Passage beruhte auf intensiver Lobbyarbeit des IGB (Dromey und Hunt 2009: 6).

„An economic transition is needed that shifts global economic growth patterns towards a low-emission economy based on more sustainable production and consumption, promoting sustainable lifestyles and climate-resilient development while ensuring a just transition of the workforce. The active participation of all stakeholders in this transition should be sought, be they governmental, private business or civil society, including the youth and addressing the need for gender equity.“²¹

Wie gesagt, in der letztlich in Kopenhagen getroffenen Vereinbarung, dem „Copenhagen Accord“, wurden diese Passagen jedoch wieder entfernt (UNFCCC 2009, Sweeney 2014: 9).

Wenn auch nur wenige gewerkschaftliche Akteure neben dem IGB während der COP 15 aktiv waren, so haben doch mehrere gewerkschaftliche Organisationen Statements herausgegeben. Neben dem IGB waren dies die ETUC, IndustrieALL und der Europäische Metallgewerkschaftsbund. Die Erwartungen vor der Kopenhagen-Konferenz waren ja sehr hoch – insbesondere im Hinblick auf ein Nachfolge-Abkommen für das Kyoto-Protokoll.

In der Erklärung des IGB zur COP 15 heißt es:

„UNFCCC needs to send a message of hope: a climate friendly world is possible, and decent jobs and livelihoods can exist for everyone! A call for social justice is key for building a broad consensus and mainstreaming social needs in climate policies.“ (ITUC 2009a: 1)

Von den Industrieländern wird gefordert, die Führungsrolle zur Emissionsreduktion zu übernehmen. Sie müssen „ausreichende Mittel für die Anpassung zur Verfügung stellen, damit überhaupt die Aussicht auf eine nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit besteht“. Es ist eine Form der Wachstumskritik erkennbar, wenn davon geschrieben wird, dass Länder im globalen Süden, die „Art ihres Wachstums“ weg von einem klimaschädlichen verändern können. Ihnen müssen dafür nur die entsprechenden Maßnahmen erforderlichen finanziellen Mittel und Technologien zur Verfügung gestellt werden (ITUC 2009a). Der IGB fordert daher die Verhandlungsführenden und alle Interessensgruppen in Sachen Klimaschutz auf, die Erwähnung eines gerechten Strukturwandels in der „Gemeinsamen Vision“ sowie Strategien für einen gerechten Übergang in ALLEN „Bausteinen“ zu befürworten (ebd.).

Die Bewältigung des Klimawandels ist für die ökonomischen, sozialen und Umweltinteressen aller Menschen dieser Erde von entscheidender Bedeutung (ITUC 2009a: 5). Für GewerkschafterInnen ergibt sich durch den Klimawandel die Frage, wie soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte über Länder und Generationen hinweg hergestellt werden kann (ebd.: 7). Die Gestaltung von Übergängen sind keineswegs einfache Prozesse und müssen solidarisch gestaltet werden. Die Übernahme ökologischer Verantwortung darf nicht darin resultieren, dass die Ärmsten den höchsten Preis dafür zahlen. Während des Übergangs muss Unterstützung für die Gesellschaftsgruppen mit der höchsten Vulnerabilität gewährleistet werden.

Der IGB als Repräsentant von ArbeitnehmerInnen macht noch einmal deutlich, dass sie sich als Teil der Lösung versteht:

„At every level – international, regional, national, sector and workplace – trade unions have begun to advance towards a fairer, environmentally responsible society that respects human and labour rights.“ (ITUC 2009a: 8)

21 UNFCCC/AWGLCA – Ad Hoc Working Group On Long-Term Cooperative Action. 2009. „Reordering and consolidation of text in the revised negotiating text, Framework Convention on Climate Change Negotiating Text, Bonn. (<http://unfccc.int/source/docs/2009/awglca7/eng/inf02.pdf>)

Ähnlich wie viele auf der Vertragsstaatenkonferenz anwesende soziale Bewegungen, plädiert der IGB dafür, dass in den Klimaverhandlungen auch stärker auf einen sozialen Wandel hingearbeitet werden soll. Es darf nicht allein um Emissionsreduktion gehen, sondern auch die Art und Weise wie wir produzieren, konsumieren und interagieren, muss sich ändern, und zwar auf der Basis von Solidarität und gegenseitigem Respekt. ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften werden als zuverlässige Akteure in der Unterstützung im Kampf für eine sozial-ökologische Transformation genannt (ITUC 2009a: 8).

Aus unterschiedlichen Erfahrungshorizonten von verschiedenen Orten dieser Welt sollte eine bereichernde und solidarische Zusammenarbeit zwischen umwelt- und sozialpolitischen Organisationen, Frauengruppen, lokalen Regierungen, Verbraucherorganisationen und indigenen Gruppen hergestellt werden.

Die Teilnahme von ArbeitnehmerInnen an Entscheidungsprozessen muss sichergestellt werden, damit sie ihr Potenzial im Kampf gegen den Klimawandel entfalten können. Gewerkschaften wollen weiterhin dazu beitragen, unter ArbeitnehmerInnen und ihren Gemeinschaften Bewusstsein für eine gerechte und tragfähige Klimapolitik herzustellen:

„A paradigm shift towards an environmental and socially responsible society needs the commitment of workers and their organisations and the recognition of their role. We will work towards this end.“
(ITUC 2009a: 28)

Auch ETUC legte ein Papier zur COP 15 vor, in dem festgehalten wird, dass der Klimawandel eine dringende und neuartige Herausforderung für Beschäftigungspolitiken darstellt. Die erwarteten Zuwächse und Verluste an Arbeitsplätzen sind von größerem Umfang, so dass kein Wirtschaftssektor es sich leisten kann, die Konsequenzen des Klimawandels zu ignorieren (ETUC 2009).

Auch IMF²² (2009) äußert sich, auf Basis von vier Papieren der UNFCCC zur COP 15, zu den Bedingungen, die für ein Klimaabkommen aus ihrer Perspektive vereinbart werden müssen. Dazu zählt die Minderung von Emissionen in entwickelten Ländern. Dieser Prozess soll u.a. von sozialer Gerechtigkeit und langfristiger Beschäftigungspolitik begleitet werden. Im globalen Süden bedarf es zudem länderspezifischer Politiken, um sich an den Klimawandel anzupassen. Hier besteht die Sorge darin, dass die Klimawandelanpassung Mittel erfordert, die dann für übergeordnete Politiken – Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum – fehlen.

Nachhaltigkeit sollte ökologische, soziale und ökonomische Belange integrieren. Für Gewerkschaften ist die soziale Dimension von zentraler Bedeutung. Sie sind damit beauftragt, gewerkschaftliche Werte ökonomischer Entwicklung, eine gerechte Verteilung des Wohlstands, soziale Wohlfahrt, Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte voranzubringen. Auch ein gerecht gestalteter Transfer von modernen Technologien kann dabei unterstützend sein.

Auch hier wird die Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an der Formulierung und Implementierung dieser Programme eingefordert. Zudem sollten sie Informations- und Konsultationsrechte in der nachhaltigen Gestaltung von Firmen bekommen.

Es sei klar, dass die größte Verantwortung zum Klimaschutz bei den größten Industrieländern liegt. Die Finanz- und Umweltkrise darf weder als Entschuldigung für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, noch für die Verzögerung von Umweltschutz gelten. „The so-called 'free market' will not create solutions by itself.“ (IMF 2009)

22 Die drei internationalen Gewerkschaftsbünde IMF (International Metalworkers' Federation), ICEM (International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions) und ITGLWF (International Textile, Garment and Leather Workers' Federation) fusionierten 2012 zur „industriAll Global Trade Union“, parallel zur Fusion auf europäischer Ebene (s. Fußnote 24).

Auch der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) bezieht Stellung. Seine Argumentation hat er unter anderem auf Basis der Diskussion einer eigens durchgeführten Konferenz mit dem Titel „Cutting Emissions, Transforming Jobs.“²³ entwickelt.

„The transition to a low-carbon economy must guarantee employment and result in the development of new, decent jobs, say participants at global industrial unions' meeting on climate change.“

Eine gemeinsame Position der Industrie-ArbeitnehmerInnen wurde ausgearbeitet. Reinhard Reibsch, Gewerkschaftssekretär der EMCEF (European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation)²⁴ erklärte:

„A common global approach in climate change policies is of high importance; the role of the trade unions is to represent their members and to focus on the social dimension of these policies. We have to be aware that such policies will not produce millions of new industrial jobs however, but that new qualification standards will be necessary. Our mission is to accompany this process while defending workers' rights.“

Peter Scherrer, Gewerkschaftssekretär des EMB fügte hinzu:

„The objective of strong reductions in emissions in Europe and globally must be combined with the guarantee of high quality industrial jobs. Therefore, we reiterate our call for comprehensive and coherent industrial policy. The full participation of the workers in this process at all levels is crucial to achieve sustainable industrial employment and a just transition.“ (EMF 2009)

Der Fokus der IndustriearbeitnehmerInnen richtet sich demnach auf die Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen in der Hinsicht, dass sie zum Klimaschutz beitragen.

Das Statement des IGB zur COP 16 in Cancún²⁵ beinhaltet eine Vielzahl detaillierter Änderungsvorschläge am Verhandlungstext. Die GewerkschafterInnen halten weiter daran fest, dass ein ausgewogenes Ergebnis der Verhandlungen auch soziale und ökonomische Aspekte des Klimawandels in jede Entscheidung integrieren muss.

Sie fordern bei den Entscheidungen der UNFCCC die Berücksichtigung einer „just transition which creates decent work and good quality jobs“²⁶. In Paragraph 4, Kapitel 1 der LCA (Long-Term Cooperative Action)/14 der „Shared Vision“ soll z.B. folgende Referenz zu ökonomischen und sozialen Aspekten der Bekämpfung des Klimawandels eingefügt werden:

„... addressing climate change requires a paradigm shift towards building a low-emission society that offers substantial opportunities and ensures continued high growth and sustainable development, based on innovative technologies and more sustainable production and consumption and lifestyles, while ensuring a just transition of the workforce that creates decent work and quality jobs“ (ITUC 2010a)

Auch die Anpassung an den Klimawandel muss die Gewährleistung sozialer Sicherheit beinhalten, um so soziale Vulnerabilität zu reduzieren. Der IGB schlägt folgenden Textbaustein zur Integration in den Verhandlungstext vor:

23 Teilgenommen haben die International Metalworkers' Federation (IMF), International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions (ICEM), der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) und die European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation (EMCEF).

24 EMCEF, EMB und ETUF:TCL (European Trade Union Federation for Textiles, Clothing and Leather) fusionierten 2012 zu „industriAll European Trade Union“.

25 Der englische Text des Positionspapiers ist in Anhang II wiedergegeben.

26 Grundlage der Ausarbeitungen ist das Dokument der UNFCCC 'AWGLCA/2010/14'.

„Building resilience of socio-economic and ecological systems, including through economic diversification, creating and/or reinforcing existing social protection measures and sustainable management of natural resources. Support a reference to the need to enhance engagement of stakeholders.“ (ebd.)

Auch ein Textbaustein zur Beteiligung der Zivilgesellschaft, neben Privatwirtschaft und Gewerkschaften, soll in den Verhandlungstext eingebaut werden. Damit können Menschen in den von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen betroffenen Regionen adäquat auf diese reagieren.

Als eine mögliche Finanzierungsmaßnahme zur Sicherstellung von Klimagerechtigkeit schlagen sie vor, einen neuen Fonds zu schaffen. Damit sollen Finanzierungstransfers zwischen entwickelten und Entwicklungsländern, innerhalb von Ländern und zwischen den Generationen gewährleistet werden. Die Gelder sollen über die UNFCCC verteilt werden und Innovationen, Forschung und Entwicklung grüner Technologien fördern sowie die Entwicklung von sozialen Sicherungssystemen und öffentlichen Dienstleistungen.

In Kopenhagen und auf der darauffolgenden Zwischenkonferenz in Bonn fand die Idee der Gewerkschaften breite Zustimmung, *Just Transition* in den Verhandlungstext aufzunehmen:

„Realizing that addressing climate change requires a paradigm shift towards building a low-emission society that offers substantial opportunities and ensures continued high growth and sustainable development, based on innovative technologies and more sustainable production and consumption, while ensuring a just transition of the workforce that creates decent work and quality jobs“ (UNFCCC 2011: 4) (vgl. Kap. 2.2.1)

Das Ziel war es, diesen Text auf der COP 16 in einer Entscheidung, sowie im Teil zu den Implementierungsmaßnahmen der Verhandlungsdokumente zu sichern (Baugh 2010a: 1).

Überraschender- und enttäuschenderweise wurde der Text in der „gemeinsamen Vision“ auf zwei Paragraphen reduziert. Die Referenz auf einen gerechten Strukturwandel, für den die gewerkschaftlichen Akteure hart gekämpft hatten, war damit auch gestrichen (Baugh 2010b: 2). Das Sekretariat der Vertragsstaatenkonferenz teilte den GewerkschafterInnen mit, dass der Text in der geteilten Version zu lang sei, und es zu viele Uneinigkeiten darüber gäbe. Außerdem würde *Just Transition* im Verhandlungsbaustein über klimapolitische Maßnahmen erwähnt werden (Baugh 2010c: 4).

Doch die Lobbyarbeit sollte sich noch auszahlen:

„The emails came flooding in from Mexico, Ghana, Brazil, Norway, Korea, France, Australia, and thirty other countries as I stepped off the plane Friday night. 'It is in ... Just Transition is in' were the messages of joy and solidarity. It was decision time and our two weeks of hard work had paid off.“

In der finalen Version der Übereinkommen zu langfristiger Kooperation (LCA) wurde die Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels erwähnt (Baugh 2010d: 5).

4.8 Den gerechten Strukturwandel umsetzen – in Zusammenarbeit mit der ILO

Das Konzept *Just Transition* wurde damit integraler Bestandteil der internationalen Klimaverhandlungen. Dieses Mandat will der IGB nun in auch in weiteren Entscheidungen der UNFCCC verankern und darüber hinaus das Konzept operationalisieren. Es wird u.a. vorgeschlagen, der ILO ein Mandat zu geben, an der Implementierung dieser Entscheidung zu arbeiten (ITUC 2011: 1, 4). Dazu müssen Systeme sozialer Sicherung als Mittel zur Reduktion von Vulnerabilität, wie sie im Cancún Adaptation Framework thematisiert sind, anerkannt werden. Auch die ETUC fordert eine stärkere Zusammenarbeit der UNFCCC mit der ILO, um so ein Rahmenkonzept zu entwickeln, das die Effekte der Reduktion von Treibhausgasen auf den Arbeitsmarkt und in der

Gesellschaft antizipiert und regelt. Die gegenwärtigen Austeritätspolitiken in Europa sind sehr kurzfristig ausgerichtet und dabei dysfunktional und ungerecht. Für die dringend notwendige Entwicklung von Alternativen kann das Konzept *Just Transition* einen wesentlichen Beitrag leisten (ETUC 2013).

Auch die ILO verabschiedete 2013 bei ihrer Internationalen Arbeitskonferenz Schlussfolgerungen bezüglich der Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels. Im Oktober 2015 fand eine Sachverständigentagung statt, um die Relevanz der verschiedenen ILO-Instrumente in diesem Zusammenhang zu bewerten und zu erörtern (ITUC 2015a: 17).

4.9 „Walk Out“ unter Beteiligung der Gewerkschaften

Auf der COP 19 in Warschau (2013) fand ein Workshop zum Thema *Just Transition* statt (vgl. Kap. 2.3). Gleichzeitig beteiligte sich die internationale Gewerkschaftsdelegation zusammen mit 800 anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen an einem „Walk Out“, dem öffentlichkeitswirksamen Verlassen des Verhandlungstisches. Damit wurde Protest gegenüber den Verhandlungen ausgedrückt, da sich die Regierungen nach wie vor nicht auf ein ambitioniertes Abkommen einigen konnten. Die COP 19 wurden als „Corporate COP“ (Vertragsstaatenkonferenz der Konzerne) verunglimpft²⁷, da sie von Firmen gesponsert wurde und dies für viele soziale Bewegungen ein Zeichen war, dass der Verhandlungsprozess nutzlos geworden ist. Die polnische Regierung veranstaltete außerdem während der Verhandlungen einen Gipfel von Kohlefirmen. Ein Sprecher der britischen TUC kommentierte:

„Unions don't walk out on talks until the job is done. It's not our way. But here at the United Nations talks in Warsaw the government-to-government negotiations are getting nowhere. Pledges to cut carbon emissions, finance a just transition, support investment in decent work are all slipping away. We don't have a place at the table in this process—we can lobby and campaign, build alliances and hold good positive talks with progressive governments who listen. But the fact is we are witnessing deeply disunited nations at work. We have to go back to our membership and communities to campaign some more, urgently build and strengthen public support and commitment so that when governments meet again next year they can be in no doubt where their obligations and responsibilities lie.“ (Sweeney 2014, 10f.)

Anabella Rosemberg vom IGB kommentierte den „Walk Out“ auf der nächsten COP 20 in Lima folgendermaßen:

„The trade union movement has followed closely for the past years your discussions under the ADP, hoping the seeds of a deal would emerge from them. It was with great sadness that we have witnessed leaders' lack of commitment last year in Warsaw and decided to join many others in civil society to express our despair walking out from the conference.“ (ITUC 2014b)

4.10 Ein breiterer gesellschaftlicher Blick auf die Konsequenzen der Klimakrise

Trotz der symbolischen Aktion in Warschau und trotz geringer Erwartungen, war es die Intention der Gewerkschaften auf der COP 20 in Lima und COP 21 in Paris „on the inside“ teilzunehmen. Der IGB forderte seine nationalen Organisationen dazu auf, breite öffentliche Unterstützung zu organisieren, so dass in Paris ein verbindliches und ambitioniertes Klimaabkommen verabschiedet wird.

27 Beispielweise: <http://unionsforenergydemocracy.org/warsaw-walk-out-union-delegates-speak>

Das Statement des IGB (ITUC 2014a: 1) zur COP 20 greift auch andere aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen auf und setzt neben der globalen Klimakrise auch die globale Problematik zunehmender Ungleichheit auf die Agenda. Daher müssen Klimamaßnahmen sich an sozial schwachen Gesellschaftsmitgliedern und Gerechtigkeitskriterien orientieren (ITUC 2014a: 1). Auch die internationalistische Perspektive wird wieder gestärkt, indem Unterstützung für kohlenstoffarme Entwicklungspfade in Ländern des globalen Südens eingefordert wird. Dies soll auch durch Wissens- und Technologietransfer geschehen.

Eine demokratisch legitimierte Verfügung über Energie ist nötig, um die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen. Daher soll Energie, so wie auch andere Gemeingüter (Luft, Wasser) unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Energieunternehmen sollen restrukturiert werden, um dort eine breitere demokratische Kontrolle herzustellen, an der auch die Beschäftigten teilhaben. Dezentralisierte Energiesysteme und Kooperativen für erneuerbare Energien spielen dabei eine wichtige Rolle, denn sie können mit den Bedürfnissen von Menschen in Regionen in Einklang gebracht werden. Entscheidungsprozesse können so auf die lokale Ebene verlagert werden.

Der Strukturwandel zu einer nachhaltigen, dekarbonisierten Gesellschaft erfordert auch ein entschiedenes Umsteuern weg von den sozial und ökologisch zerstörerischen Methoden der Extraktion fossiler Energieträger (ITUC 2014a: 3).

4.11 Vor und während der COP 21 in Paris

Im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Paris gab der IGB drei Broschüren mit der Überschrift „Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze“ heraus. Die Dringlichkeit des Klimawandels wird dabei noch einmal auf den Punkt gebracht:

„Der Klimawandel ist ein ernstes und unmittelbares Problem. Er findet jetzt statt und ist bereits dabei, Menschenleben und Existenzgrundlagen zu zerstören.“ (ITUC 2015a: 10)

Der IGB führte eine weltweite Umfrage durch, aus der hervorgeht, dass 73 Prozent der Menschen wollen, dass Regierungen mehr tun, um die den Klimawandel verursachende Umweltgefährdungen zu begrenzen (ITUC 2015a: 4).

Die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am industriellen Wandel wird eingefordert: „Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, wie ihre Arbeitgeber gedenken, das Ziel einer kohlenstofffreien Zukunft zu erreichen.“ (ITUC 2015a: 5) Die Organisationsfähigkeit von Beschäftigten in neu entstehenden grünen Sektoren wird thematisiert. In Sektoren, in denen Arbeitsplatzverluste unvermeidlich sind, müssen die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber) lange im Voraus verbindliche Übergangsstrategien entwickeln, die den Beschäftigten neue Möglichkeiten eröffnen und den notwendigen Strukturwandel aktiv gestalten.

„Die Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, Teil des Dialogs zu sein, der über Investitionen entscheidet, Industrien nachhaltig umrüstet und für menschenwürdige Arbeit sorgt. Sozialer Dialog, Konsultationen, Tarifverhandlungen: Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken.“ (ITUC 2015a: 15)

In dem im Februar 2015 in Genf vereinbarten Verhandlungstext finden sich drei Verweise auf einen gerechten Strukturwandel. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, sie in dem 'operativen' Teil des Abkommens zu belassen und zu verstärken (ITUC 2015a: 17).

Im September 2015 wurde in Paris ein globaler Gewerkschaftsgipfel abgehalten. Außerdem wurde eine globale Lobbywoche organisiert, in der PolitikerInnen und Regierungen dazu bewegt werden sollen, sich zu einem ambitionierten Klimaabkommen zu verpflichten, in dem auch *Just Transition* berücksichtigt wird, (ITUC

2015b: 5). Die Kampagne „unions4climate“ wurde gestartet, mit dem Ziel Gewerkschaften auf nationaler, sektoraler und lokaler Ebene zu stärken (ITUC 2015c).

Die Forderungen für die COP 21 wurden, im Gegensatz zu einigen Statements aus den vorhergehenden Jahren, sehr knapp gehalten:

„Raise Ambition and Realise Job Potential of Climate Action

The Paris Climate agreement must ensure Governments take concrete steps to reduce emissions even further before and beyond 2020, in line with an equitable 2° C pathway. They must also agree on a robust mechanism of periodical review for raising ambition over time.

Deliver on Climate Finance and Support the Most Vulnerable

The Paris Climate agreement must provide clarity on the way developed countries will fulfil their commitment to mobilise 100bn USD by 2020 to secure sufficient resources for adaptation. It should also identify means for increasing this amount post 2020.

Commit to Securing a Just Transition for Workers and Their Communities

The Paris Climate agreement, in its OPERATIONAL section, must include a commitment to „Just Transition“ measures. This is essential to support the challenge of industrial transformation in all sectors, in particular jobs and livelihoods for workers in emission-intensive industries.“ (ITUC 2015h)

Den intensiven Vorbereitungen auf internationaler Gewerkschaftsebene folgte eine große Ernüchterung: *Just Transition* war in einem neu veröffentlichten Verhandlungstext nicht mehr vorhanden.

„The trade union movement is shocked by this development when all key negotiating groups and Parties again expressed support for the Just Transition language during the June Bonn Climate talks.

An absence of Just Transition/Decent Work language in the Paris agreement will send a very bad signal to workers globally. It would be seen by our unions as a signal that the cost for the transition to a low carbon society will be unfairly bore [sic] by working men and women.“ (ITUC 2015e)

Die Enttäuschung wurde noch größer, da in einem Dokument der ADP²⁸ das zukünftige Engagement der nicht-staatlichen Akteure in den Klimaverhandlungen besprochen wurde. In einer Aufzählung wurde jede Interessensgruppe der UNFCCC erwähnt, mit Ausnahme der Gewerkschaften.

Schließlich findet jedoch im Laufe der intensive Verhandlungen eine Formulierung Eingang in die – völkerrechtlich nicht verbindliche – Präambel des Abkommens von Paris: Die Vertragsstaaten schließen das Übereinkommen „unter Berücksichtigung der zwingenden Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten.“²⁹

28 Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action. ADP.2015.5.Informal Note. Elements for a draft decision on workstream 2 of the ADP, 24 July 2015: „12. Agrees to: (...) b. Provide meaningful and regular opportunities for the effective engagement of experts from Parties, relevant international organizations, civil society, indigenous peoples, women, youth, academic institutions, the private sector, and subnational authorities nominated by their respective countries.“

29 Siehe Fußnote 1

5 ANKNÜPFUNGSPUNKTE ZWISCHEN DER KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG UND GEWERKSCHAFTEN

In diesem Abschnitt wird aufgezeigt, welche Anknüpfungspunkte es zwischen der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung und den in Kap. 1 dargelegten gewerkschaftspolitischen Positionen gibt.

5.1 Climate Justice Movement

Einen besonderen Kristallisationsmoment für die entstehende Klimagerechtigkeitsbewegung bildete die COP 21 Ende des Jahres 2015 in Paris. Dort wurde unter anderem eine Aktion³⁰ unter dem Titel “Redlines are not for crossing. A global Blockadia” durchgeführt. Daran beteiligten sich Gruppen und Individuen aus verschiedenen Netzwerken, wozu 350.org, Climate Justice Action, The Bure Anti-Atom Camp und das Klimacamp im Rheinland gehören. Sie bezeichneten ihren Aufruf als ein Dokument für einen Diskussionsbeginn und den Klimagerechtigkeitsbewegungen.

Die Notwendigkeit, an den Demonstrationen um die COP 21 teilzunehmen begründen sie folgendermaßen:

“Climate change is already hitting the world’s poorest people hardest and it needs to be stopped, and we know the targets in the COP 21 agreement will not be ambitious enough to do this. Nor will COP 21 address the underlying problem of the unjust capitalist system that puts the interest of fossil fuel addicted corporations above those of the people.

We need to hold a spotlight on the negotiations, and expose the corporate corruption that is influencing the democratic processes and actively blocking real solutions.

We need to take the world stage standing alongside those who are most affected, and demand ambitious action and real solutions from our leaders, but show that we will not wait for them to ‘save’ us.

As the COP 21 talks conclude we want to make sure, we have the ‘last word’ on 12th Dec with a global moment for mass mobilisation and bold action. The Paris moment will be defined not by what happens in the negotiating halls, but in the streets of Paris and around the world.

Paris is a key moment to build a bigger, stronger, more globally connected movement. Together we can show that community power is rising up beyond 2015 with real people-powered solutions that can create a just transition to a low carbon world, free from the shackles of corrupt corporations.”³¹

Die inhaltlichen Positionen trafen sich mit denen der Gewerkschaften an folgenden Punkten:

30 Aufgrund der politischen Ereignisse in Paris vor der Klimakonferenz wurden schließlich alle Demonstrationen untersagt.

31 Siehe <https://climatejusticeaction.net/en/cop21-un-climate-summit-paris-2015> (3.2.2017)

- Arme Menschen sind vom Klimawandel am stärksten betroffen. Und diejenigen, die am stärksten durch den Klimawandel betroffen sind, sollen Unterstützung erhalten.
- Die Kritik an Unternehmen üben Gewerkschaften zwar nicht in ihren Statements, da sie sich jedoch dem "Walk Out" der NGOs auf der COP 19 im Jahr 2013 anschlossen, haben sie hier zumindest in einer Aktion diese Kritik symbolisch geübt. In der Aktion ging es auch um die beteiligten Firmen, die die Vertragsstaatenkonferenz finanziell unterstützten (vgl. Kap. 4.10).
- Auch die aus den nicht voranschreitenden Klimaverhandlungen gezogene Konsequenz, durch eigene Strategien und Handlungen auf Klimagerechtigkeit hinzuwirken, ist bei den Gewerkschaften teilweise zu finden. Sie bewegen sich zwar weiterhin im offiziellen UNFCCC-Prozess, propagieren jedoch auch Strategien, national und an der gewerkschaftlichen Basis klimapolitisch aktiv zu werden.
- Die Referenz auf *Just Transition* ist wohl die eindeutigste Gemeinsamkeit in den Positionen. Auch den Gewerkschaften geht es um die Beteiligung der "real people" zur Lösung der Klimakrise, jedoch nehmen sie naheliegender Weise keine scharfen Abgrenzungen zu Unternehmen vor.

Die Unterschiede in den Positionen der Bewegung für Klimagerechtigkeit und der Gewerkschaften liegen darin, dass aus Bewegungsperspektive Appelle an Regierungen nicht (mehr) als produktiv angesehen wird und deutliche Kapitalismuskritik geübt wird. Das ist bei den Gewerkschaften nicht der Fall. Auch eine Kritik an marktbasierenden Mechanismen wird von ihnen aus strategischen Gründen vernachlässigt (vgl. Kap. 3.3). Der Fokus liegt auf der Vermittlung einer positiven Vision, die von der Schaffung von Arbeitsplätzen bis zum Übergang in eine sozial und ökologisch gerechte Produktions- und Lebensweise reicht.

In einer anderen Aktion der „Coalition Climat 21“ wurde unmittelbar vor Beginn der Vertragsstaatenkonferenz in Paris zum „Global Climate March“ aufgerufen, an dem Schätzungen zufolge über 600.000 Menschen bei über 2.000 Veranstaltungen teilnahmen³². Es hieß im Aufruf, dass zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure eine bislang beispiellose globale Mobilisierung zur Forderung von Klimagerechtigkeit initiieren wollten. Darunter werden auch Gewerkschaften als Akteur genannt, in der konkreten Auflistung der unterstützenden Organisationen ist jedoch keine gewerkschaftliche zu finden.

Die Kampagne Climat 21 hat zwar den traditionellen appellativen Charakter mit Bezugnahmen auf die "world leaders". Dennoch wird auch nicht mehr das Klimaabkommen als Ziel propagiert, sondern "ambitious and real action against climate change."

Zudem wird der Begriff *Just Transition* verwendet. Dieser umfasst in dem Aufruf zunächst nur das Wegkommen von fossilen Energieträgern und der Zerstörung, die sie verursachen. Doch im nächsten Satz wird eine soziale Komponente hergestellt, da der Übergang von Menschen gestaltet werden sollte, und zwar auf eine gerechte Weise:

"United for a just transition away from fossil fuels and the destruction that they cause. United for fair and people led economic transition based on 100% renewable energy, and on community-led solutions that benefit people and planet alike. United to demand justice and human rights for those most impacted and least responsible for causing climate change, and united for a world where everyone has access to good food, pure water, clean air, and a healthy and dignified life."³³

32 Siehe <https://350.org/de/global-climate-march/> sowie <https://www.theguardian.com/environment/live/2015/nov/29/global-peoples-climate-change-march-2015-day-of-action-live> (beide 21.12.2016)

33 Siehe <http://coalitionclimat21.org/en/contenu/coalition>

5.2 Climate Action Network (CAN)

Das „Climate Action Network“ (CAN) gehörte zu jenen Umwelt-NGOs, die bereits früh an den internationalen Diskussionen und Verhandlungen des Rio-Prozesses beteiligten (Walk/Brunnengräber 2000, Beisheim 2004: 50). Auf der COP 4 machte CAN auf die globale Asymmetrie in der Regelung der Treibhausgasemissionen aufmerksam und forderten die industrialisierten Länder auf, Klimaschutzmaßnahmen auch auf eigenem Territorium durchzuführen (ENB 1998: 2).

CAN erklärt sich in der Debatte um die Platzierung des *Just Transition* Konzepts im Verhandlungstext explizit solidarisch mit den Gewerkschaften:

„What do negotiators do when something is agreed? They leave it out of the text! It might seem weird but it just keeps happening in the shared vision discussion.

Calling for a low emission economy which ensures a just transition and the creation of good quality, decent jobs was long ago agreed as part of the text also referring to indigenous peoples' rights and other important elements of an overarching climate effort.

Yet this essential reference has mysteriously vanished from the new shared vision text. And this despite support from Argentina to the United States and all other parts as well.

What is going on? The reference to 'just transition' is aimed at gaining the support of the world's workers for these negotiations. This international process must inspire people, give hope on our capacity to improve peoples' life and and show that another world is possible. The negotiations rightly focus on 'how far' we have to go on emissions reductions, financing, technology and capacity building. 'Just transition' sets forth the equitable pathway for 'how' to get there. The world needs a sustainable climate and economy, and that requires a bridge to a future with.“³⁴

Auf der Website des CAN werden die Forderungen der Gewerkschaften auf der Klimakonferenz in Bonn im Juni 2015 thematisiert:

„Another political arena placed under the spotlight was the UN climate negotiations in Bonn, where trade union delegates under the “No jobs on a dead planet” theme handed in their demands for the global climate agreement due to be forged in Paris in December. They are calling for a climate agreement that phases out fossil fuel emissions and unlocks clean, secure jobs in renewable energy. Unions have started to mobilise for a week of action, to push these demands in capital cities around the world.“³⁵

Der Fokus von CAN liegt auf der Verknüpfung von klima- und arbeitspolitischen Forderungen im engeren Sinne: es geht um gute Arbeit in der Branche der erneuerbaren Energien.

5.3 Schlussfolgerungen

Die Anknüpfungspunkte an gewerkschaftliche Themen lassen sich bei beiden Akteuren finden. Die stärker in der NGO-Szene verankerten Akteure des CAN stellen die Verbindung zu den Gewerkschaften im Rahmen der offiziellen Verhandlungen her. Die expliziten Bewegungsakteure um die COP 21 stellen die Verbindung her, in dem sie die auch von der ITUC notwendig erachtete Klimapolitik mit den betroffenen Menschen selbst befürworten.

³⁴ Climate Action Network. 2015. 'Just Transition' – Making a New World Possible <http://www.climate-network.org/blog/%E2%80%98just-transition%E2%80%99-%E2%80%93-making-new-world-possible> (November 2015)

³⁵ Siehe <http://www.climateactionnetwork.org/category/organization/climate-action-network?page=1>

6 FAZIT UND FORSCHUNGSBEDARF

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind Gewerkschaften mit politischen Positionierungen und zielgerichteter Lobbyarbeit in der internationalen Klimapolitik engagiert. Dies ist dem Einsatz und dem Durchhaltevermögen von ein paar Dutzend GewerkschaftsrepräsentantInnen zu verdanken, die vom IGB und seinen regionalen Organisationen mobilisiert wurden. Involviert waren auch Institutionen wie der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC), die weltweiten und die nationalen Gewerkschaftsverbände sowie einzelne Gewerkschaften.

Bereits im früheren Teil des Verhandlungsprozesses wird deutlich, dass gewerkschaftliche Akteure sehr gut die inhärente Verwobenheit sozialer und ökologischer Problemlagen verstehen (vgl. 4.2). Der Klimawandel und notwendige Schritte zu seiner Bewältigung werden insbesondere vom IGB ernst genommen. Die Positionen des IGB sind umfassend und differenziert und arbeiten zahlreiche beschäftigungs- und gewerkschaftspolitische Anknüpfungspunkte heraus. Grüne Arbeitsplätze sollen zu einer Triple-Win-Situation führen. Ob dies angesichts der derzeitigen ökonomischen Krisensituationen und des globalen Wettbewerbs eine realistische Vision ist, kann zur Diskussion gestellt werden (Brand 2015).

Gleichzeitig werden Strategien entworfen, die auf eine Änderung gegenwärtiger, nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster zielen.

Im Folgenden sind die Forderungen der gewerkschaftlichen Akteure systematisiert und gelistet:

■ **Beschäftigungspolitische Forderungen:**

- Ernstnehmen der Ängste vor Arbeitsplatzverlusten in Folge von Klimaschutzmaßnahmen und der daraus resultierenden mangelnden Bereitschaft von ArbeitnehmerInnen (und ihres sozialen Umfelds), Klimapolitik zu unterstützen;
- Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, um sie in „grünen“ Industrien zu beschäftigen;
- Energie- und Ressourceneffizienz sowie sozial-ökologische Kultur an Arbeitsplätzen;
- Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Mitbestimmung und Informationsrecht für ArbeitnehmerInnen;
- Schaffung guter Arbeit.

■ **Klima- und energiepolitische Forderungen:**

- Ambitionierte Umsetzung des Kyoto-Protokolls, bzw. ambitionierter Abschluss eines Nachfolgeabkommens;
- Energieproduktion und -verteilung als öffentliche Dienstleistung;
- langfristige, nicht-spekulative Investitionen;
- kollektive und demokratische Entscheidungsprozesse in klima- und energiepolitischen Fragen.

■ **Sozialpolitische Forderungen:**

- Sozialpartnerschaft und Sozialer Dialog in der Verbindung von Klima- und Beschäftigungspolitik;

- Erhalt bzw. Ausbau sozialer Sicherungssysteme, um Ängste von ArbeitnehmerInnen gegenüber den notwendigen industriellen Transformationsprozessen einzudämmen.
- **Entwicklungspolitische Forderungen:**
 - Berücksichtigung globaler Asymmetrien hinsichtlich der Verantwortung und Ressourcen bei der Bewältigung der Klimakrise;
 - Ermöglichung eigener Entwicklungswege;
 - Technologie- und Wissenstransfer.
- **Gesellschaftspolitische Forderungen:**
 - Armutsbekämpfung;
 - Entwicklung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster;
 - wirtschaftliche Diversifizierung;
 - eine Wirtschaftsweise, die den Menschen und die Natur in den Mittelpunkt stellt;
 - neuer gewerkschaftlicher Internationalismus;
 - Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung hinsichtlich des Erhalts der natürlichen Grundlagen von Gesellschaft;
 - Sozialpartnerschaft zwischen Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften.

Bei den internationalen Aktivitäten muss es auch darum gehen, ein wesentlich breiteres und tieferes Verständnis und Engagement nationaler Gewerkschaftsverbände und einzelner Gewerkschaften in sozial-ökologischen Fragen zu stärken. Ein gerechter Strukturwandel kann ja nicht lediglich durch internationale Abkommen vorangetrieben werden.

Als weiterer Forschungsbedarf sind folgende Punkte zu identifizieren:

Angebracht wären in der Folge der hier getätigten Ausarbeitungen Interviews mit den GewerkschafterInnen – insbesondere des IGB -, die folgende Fragen beinhalten könnten: Warum und inwiefern bestehen innerhalb der internationalen Klimaverhandlungen eine Blockadehaltung gegenüber sozial- und beschäftigungspolitischen Dimensionen? Welche Rolle spielen andere Akteure, insbesondere die Unternehmensseite?

Welche Rolle spielen die Ergebnisse der internationalen Klimapolitik allgemein und spezifisch im Bereich der Arbeit bei der Ausformulierung nationaler und lokaler klimapolitischer und Nachhaltigkeitsstrategien sowie anderer Strategien, z.B. in der Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise? Wie kann diese Übersetzung verstärkt und verbessert werden im Hinblick auf progressive und insbesondere sozial-ökologische gewerkschaftliche Interessen und Positionen? Weitere Untersuchungen müssten zu gewerkschaftlichen Positionierungen, Strategien und Erfolgen auf europäischer Ebene erfolgen.

Wie gehen insbesondere die Gewerkschaften des Globalen Nordens mit dem Spannungsfeld um, dass sie zwischen beschäftigungspolitischen Interessen, den Interessen der Menschen in anderen Weltregionen und den Anforderungen an effektive Klimapolitik vermitteln müssen? Damit ist die Frage des Verständnisses der Interessen von Gewerkschaften aufgeworfen: Verstehen sie sich als Akteur, der gesellschaftspolitische Verantwortung in einem breiten (in diesem Fall globalen) Sinne übernimmt? Legen sie – angesichts einer großen Bandbreite klimapolitischer Maßnahmen – den Fokus auf jene, die unmittelbar den Arbeitsplatz betreffen?

Die Interessen der ArbeitnehmerInnen bezüglich sozial-ökologisch orientierter Gewerkschaftspolitik selbst wären genauer zu eruieren. Weiters wären die Spannungsfelder zwischen unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Zielsetzungen genauer auszuloten. Schließlich wäre zu untersuchen, wie gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen die Politik auf den verschiedenen Ebenen beeinflussen.

Beim Begriff des „gerechten Strukturwandels“ (*Just Transition*) handelt es sich um eine zentrale Forderung der Gewerkschaften in der internationalen Klimapolitik. Wie ist der Begriff genauer zu verstehen auf der Ebene der Ziele und Strategien? Welche Erfahrungen verbinden sich damit und was für Anknüpfungspunkte gibt es? Wo bestehen Spannungen bei der Umsetzung? Welche Rolle spielt der Begriff des „gerechten Strukturwandels“ in der Strategie- und Politikformulierung auf nationalstaatlicher Ebene?

Findet der „gerechte Strukturwandel“ in andere Prozesse Eingang, z.B. in die Diskussionen um die siebzehn Nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (*Sustainable Development Goals*), deren achties Ziel „Gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum“ lautet? Wie verknüpft er sich mit anderen Debatten zur sozial-ökologischen Transformation, wie „Gutes Leben für alle“ (vgl. AK 2015), ökologischer Keynesianismus, Postwachstum, Degrowth, Diskussionen um das Verhältnis von Erwerbsarbeit und andere gesellschaftliche Arbeiten, und der Konversion bestimmter Industrien in Richtung Nachhaltigkeit?

Der Begriff *Economic Diversification* findet sich immer wieder in den Dokumenten der UNFCCC und wird zum Teil auch von gewerkschaftlichen Akteuren aufgegriffen. Es wäre zu untersuchen, inwiefern dieses Konzept ein geeigneter Platzhalter sein könnte, um beschäftigungspolitische Interessen in die Klimaverhandlungen einzubringen.

Relativ unkonkret sind bislang die gewerkschaftlichen Positionen zum Zusammenhang von effektiver Klimapolitik einerseits und wirtschaftsdemokratische Anliegen der Verfügung. Vor der Pariser Vertragsstaatenkonferenz in Dezember 2015 hat der IGB in einem Statement die Frage des Eigentums im Energiesektor aufgegriffen und die Behandlung der Energieversorgung als Dienstleistung im öffentlichen Interesse – vergleichbar der Wasserversorgung – gefordert, die nicht privaten Unternehmen überlassen werden sollten. Der Stellenwert solcher Positionen wäre weiter zu untersuchen und ggf. in die Positions- und Strategiebildung sowie in politische Prozesse einzubringen.

In welchen Branchen sind Transformationsstrategien eher denkbar oder bereits sichtbar (z.B. im Energiesektor in einigen Ländern); in welchen ist das schwieriger (Bsp. Automobilproduktion und Flugverkehr) und welche Rolle spielen hier die Beschäftigten und Gewerkschaften?

Welche zivilgesellschaftlichen Bündnisse gehen die Gewerkschaften auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (lokal, national, international) ein? Welche Lernprozesse – etwa im Hinblick auf den Zusammenhang von sozial-ökologischen und Verteilungsfragen – sind damit verbunden, sowohl bei der Formulierung von Problemen und Strategien, als auch in der konkreten Politikformulierung und ihrer Umsetzung?

7 LITERATURVERZEICHNIS

Alle in diesem Verzeichnis angegebenen Internetverknüpfungen wurden am 2.2.2017 auf Aktualität überprüft.

- AK – Bundesarbeitskammer. 2015. Gutes Leben für alle. Schwerpunktheft von „Wirtschaft und Umwelt“ 2.
- Barth, Thomas; Jochum, Georg, Littig, Beate. 2016. Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Baugh, Bob. 2010a. Unions Head to Climate Talks with Focused Expectations. COP 16, Cancún.
- Baugh, Bob. 2010b. Unions Fight to Keep Focus on Workers and Communities. COP 16, Cancún.
- Baugh, Bob. 2010c. Meeting or Exceeding Expectations. COP 16, Cancún.
- Baugh, Bob. 2010d. Solidarity and Success in Cancún. COP 16, Cancún.
- Bauriedl, Sybille. 2015. Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: Transcript.
- Beisheim, Marianne. 2004. Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppenaktivitäten als Demokratisierungspotential – am Beispiel Klimapolitik. Bürgergesellschaft und Demokratie 16. Leske + Budrich, Opladen.
- Brand, Ulrich und Wissen, Markus. 2017. Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom.
- Brand, Ulrich und Niedermoser, Kathrin. 2016. Gewerkschaften zwischen „ökologischer Modernisierung“ und Einsatzpunkten sozial-ökologischer Transformation. In: Barth, Thomas; Jochum, Georg and Littig, Beate. 2016. Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Brand, Ulrich. 2012. After Sustainable Development: Green Economy as the Next Oxymoron? In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, Vol. 21, No. 1, S. 28–32.
- Brand, Ulrich. 2014. Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 28(2) S. 7–18.
- Brand, Ulrich. 2015. Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. Berlin. Rosa Luxemburg Stiftung.
- Brandl, Sebastian und Hildebrandt, Eckart. 2002. Arbeit und Ökologie, in: Balzer, Ingrid and Wächter, Monika (Hg.), Sozial-ökologische Forschung: Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt, München: Campus, S. 517–538.
- Cunningham, Bill. 1997. Statement of Labor to FCCC Ad Hoc Group on the Berlin Mandate. Bonn.
- DGB. 2015. Klimawandel: Was er für Arbeit und Beschäftigung bedeutet. Kernergebnisse aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC, Berlin.
- Dromey, Jack und Sally Hunt. 2009. Ensuring a just transition. In: Scott, Faye (Hrsg.): Working on change. The trade union movement and climate change. Green Alliance, London.

- ENB – Earth Negotiations Bulletin. 1998. Highlights from the fourth UNFCCC Conference at the parties, 11 November 1998. International Institute for Sustainable Development (IISD), Vol. 12, No. 95.
- ENB – Earth Negotiations Bulletin. 2000. The World Energy Assessment, presented by the UNDP. Special Report on Selected Side Events at UNFCCC COP 6. International Institute for Sustainable Development (IISD), Vol. 5, No. 207.
- ENB – Earth Negotiations Bulletin. 2013. BONN CLIMATE CHANGE CONFERENCE: WEDNESDAY, 5 JUNE 2013. International Institute for Sustainable Development (IISD), Vol. 12, No. 572.
- EMF. 2009. Cut Emissions and transform jobs. Brussels.
- ETUC. 2013. Position on the Fight against Climate Change in Europe and the World.
<https://www.etuc.org/documents/etuc-position-fight-against-climate-change-europe-and-world>
- Felli, Romain. 2014. An alternative socio-ecological strategy? International trade unions' engagement with climate change. In: Review of International Political Economy, Vol. 21, No. 2, S. 372-398.
- ICFTU, ETUC, TUAC. 2004. Climate Change. The Role of Trade Unions. Statement to COP 10. Buenos Aires, Argentina.
- ICFTU, ETUC, TUAC. 2005. Trade Unions At COP11/MOP1. Paris, Brussels.
- ILO. 2012. Working Towards Sustainable Development. Opportunities for decent work and social inclusion in a green economy. Geneva.
- IMF. 2009. UNFCCC four focus Issues. <http://www.industrial-union.org/archive/imf/unfccc-four-focus-issues>
- ITUC. 2007. Trade Union Statement to COP 13. United Nations Framework Convention on Climate Change. Bali, Indonesia.
- ITUC. 2009a. Trade unions and climate change. Equity, justice & solidarity in the fight against climate change. Trade Union Statement to COP 15, UNFCCC, Copenhagen.
http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/COP15_TUstatement_Final_EN.pdf
- ITUC. 2009b. Gewerkschaften & Klimawandel. Ein gerechter Übergang: Der richtige Weg zum Klimaschutz.
- ITUC. 2010a. Trade Union recommendations for Cancún's deliberations of the AWG-LCA. 16th Conference of the Parties (COP 16). United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). 29 November-10 December 2010.
http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/COP16_ITUC_Recommendations.pdf
- ITUC. 2010b. Building collective and individual learning towards a transition to a low GHG emitting society. UNFCCC Response Measures Forum. In session workshop Forum on response measures (h). Presentation. Doha, Qatar.
- ITUC 2010c. Entschließung „Den Klimawandel durch eine nachhaltige Entwicklung und einen gerechten Übergang bekämpfen“; Dokument 2CO/G/6.10, 2010
- ITUC. 2011. Workers & Climate Change_Key Demands for Durban.
- ITUC. 2013a. Forum and work programme on the impact of the implementation of response measures (SBSTA/SBI). Views from the International Trade Union Confederation on area (g) of the work programme in accordance with decision 8/CP.17, paragraph 1: (g) Just transition of the workforce, and the creation of decent work and quality jobs. Brussels.
- ITUC. 2013b. Just Transition: ITUC Presentation. In session workshop UNFCCC Forum on response measures. (g) Just transition of the workforce, and the creation of decent work and quality jobs. Bonn, Germany.

- ITUC. 2014a. Workers & Climate Change. International Trade Union Confederation (ITUC) contribution to the 20th Conference of the Parties to the UNFCCC 1-12 December, 2014 -Lima, Peru.
- ITUC. 2014b. Statement by Anabella Rosemberg.
https://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_parties/adp/application/pdf/adp2-5_statement_by_tungo_20140604.pdf
- ITUC. 2015a. Klimagerechtigkeit: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Frontlines-Bericht März 2015, Brussels.
- ITUC. 2015b. Klimagerechtigkeit: Gewerkschaftsaktion „Unions4Climate“. Frontlines Bericht Mai 2015, Brussels.
- ITUC. 2015c. Before during and after COP 21. Global trade unions plans for mobilising on climate. Presentation by Anabella Rosemberg at the Trade Union Climate Summit 14 & 15 September, 2015.
- ITUC. 2015e. Letter to Ministers and Ambassadors Responsible for Climate Change Negotiations. Brussels, 31 July 2015. http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_letter_ministersclimate_august2015.pdf
- ITUC. 2015h. Trade unions' Topline demands for COP 21.
- Littig, Beate. 2012. Von Rio 1992 zu „Rio+20“. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 8/2012, S. 581–588.
- Maher, Tony. 2007. Trade Union speech to UNFCCC plenary.
<http://unfccc.int/resource/docs/2007/cop13/stmt/ngo/004.pdf>
- Nieto Sainz, Joaquin. 2001. COP 7 Trade Union Statement. On behalf of International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC), European Trade Union Confederation (ETUC).
- Räthzel, Nora und Uzzell, David. 2011. Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma. In: Global Environmental Change 21, S. 1215–1223.
- Ritt, Thomas. 1998. Umwelt und Arbeit – Bestandsaufnahmen und Perspektiven, in: Umwelt und Arbeit, IV.
- Rogelj, Joeri et al. 2015. Energy system transformations for limiting end-of-century warming to below 1.5 °C. In: Nature Climate Change 5, S. 519–527.
- Rosemberg, Anabella. 2010. Building a Just Transition: The linkages between climate change and employment.
- Stavis, Dimitris und Felli, Romain. 2014. Global labour unions and just transition to a green economy. In: International Environmental Agreements, Vol. 14, No.4.
- Stavis, Dimitris. 2011. Unions and the Environment: Pathways to global Labor Environmentalism. In: Working USA. Vol 14, S. 145–159.
- Streissler, Christoph. 2015. Klimaabkommen von Paris: Mehr Licht als Schatten.
In: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/12086-2/#more-12086>
- Sweeney, Sean. 2009. More than Green Jobs: Time for a New Climate Policy for Labor. In: New Labor Forum, Vol. 18, No. 3, S. 53–59
- Sweeney, Sean. 2014. Climate Change and the Great Inaction. New Trade Union Perspectives. Trade Unions for Energy Democracy (TUED), in cooperation with the Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office and the Global Labor Institute at Cornell University.
- TUC. 2011. International Climate Change Text: The Struggle for Just Transition.
<https://www.tuc.org.uk/international-issues/south-africa/international-development/aid-and-debt/international-climate>

- UNFCCC. 1992. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.
<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>
- UNFCCC. 1998. Report of the Conference of the Parties on its third Session, held at Kyoto from 1 to 11 December 1997. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its third session. FCCC/CP/1997/7/Add.1.
- UNFCCC. 2009: Copenhagen Accord. Draft decision -/CP.15. Proposal by the President.
FCCC/CP/2009/L.7.
- UNFCCC. 2010a. Synthesis report on ways to enhance the engagement of observer organizations. Note by the Secretariat. FCCC (SBI/2010/16).
- UNFCCC. 2010b. Outcome of the work of the Ad Hoc Working Group on long-term Cooperative Action under the Convention. Draft decision -/CP.16, Advance unedited version. UNFCCC/AWGLCA/2010/L.7.
- UNFCCC. 2011. The Cancún Agreements: Outcome of the work of the Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention. In: Report of the Conference of the Parties on its sixteenth session, held in Cancún from 29 November to 10 December 2010. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its sixteenth session. FCCC/CP/2010/7/Add.1.
- UNFCCC. 2012a. Report of the Conference of the Parties on its seventeenth session, held in Durban from 28 November to 11 December 2011. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its seventeenth session. FCCC/CP/2011/9/Add.1.
- UNFCCC. 2012b. Report of the Conference of the Parties on its seventeenth session, held in Durban from 28 November to 11 December 2011. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its seventeenth session. FCCC/CP/2011/9/Add.2.
- UNFCCC. 2013a. Report of the Conference of the Parties on its eighteenth session, held in Doha from 26 November to 8 December 2012. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its eighteenth session. FCCC/CP/2012/8/Add.1.
- UNFCCC. 2013b. Report of the Conference of the Parties on its eighteenth session, held in Doha from 26 November to 8 December 2012. Addendum, Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its eighteenth session. FCCC/CP/2012/8/Add.3. [Economic diversification initiative, S. 50]
- UNFCCC. 2013c. Report on the in-forum workshop on area (h). Note by the Chairs of the subsidiary bodies. Bonn, 3–14 June 2013. FCCC/SB/2013/INF.3.
- UNFCCC. 2013d. Report on the in-forum workshop on area (g). Note by the Chairs of the subsidiary bodies. Warsaw, 11–16 November 2013. FCCC /SB/2013/INF.10
- UNFCCC. 2013e. Compilation of information on mitigation benefits of actions, initiatives and options to enhance mitigation ambition, FCCC/TP/2013/4
- Walk, Heike und Brunnengräber, Achim. 2000. Die Globalisierungswächter. Münster.
- Wissen, Markus. 2010. Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel 2, S. 30–38.
- Wukovitsch, Florian. 2015a. Klimagerechtigkeit – ein politisches Problem. In: Wirtschaft und Umwelt, No. 4, S. 14–17.
- Wukovitsch, Florian. 2015b. Was wurde eigentlich aus ... Green Jobs? In: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/was-wurde-eigentlich-aus-green-jobs>

ANHANG I: POSITION DER INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTEN ZUR COP 10 (2004)

Die folgende Position wurde 2004 von ICFTU, ETUC, TUAC und Global Unions für die COP 10 in Buenos Aires (Argentinien) vorbereitet (ICFTU, ETUC, TUAC 2004). Das Papier kann auf der UNFCCC-Homepage abgerufen werden: <http://unfccc.int/resource/docs/2004/cop10/stmt/ngo/007.pdf>.

Climate Change: The Role of Trade Unions

Trade unions took part in COP 10 because our members are concerned about the reality of global climate change. They believe that unions, together with employers and other social partners in civil society, can make a significant and positive contribution to the adaptation and mitigation which will be required in all countries. Trade unions have a particularly indispensable role to play by ensuring that the social dimension – including employment – is integrated into all climate change policies and implementation plans at the national and international levels.

Since the Framework Convention on Climate Change was signed in Rio in 1992, workers and trade unions have developed their own approach to climate change within the context of sustainable development. They have been led in this process by the International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) and the Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC), which speak for over 155 million members in 148 countries and territories, as well as by the Global Union Federations, which represent workers in specific sectors. In addition, such regional organizations as the European Trade Union Confederation and National bodies have played a key role. As a result, our participation has grown, and trade unionists around the world now take part in the Conferences of the Parties and its affairs.

Trade unions believe that the coming into force of the Kyoto Agreement in February 2005 will open new opportunities for governments and civil society to raise awareness of climate change and build support amongst workers and the general public for the difficult political decisions and adjustments that must be made. They are concerned that public support for climate change action continues to be weak, however, as people fear loss in livelihoods, lower living standards, and threats to vital services and other elements of the social fabric. For these reasons, they must renew our efforts to build a broad consensus over climate change.

Although trade unions are generally satisfied with the proposed outcomes of COP 10, we notice that employment and social effects have yet to emerge as a specific focus. As well, there is still very little research being conducted on the social and employment effects of climate change, even though the UNFCCC (Pt 4) calls for governments to take account and assess the greenhouse gas effects of social, economic, and environmental policies. This is untenable, given that the likelihood that workers and their families will be amongst the first victims of climate change events, and an even greater danger that they will also be victims of measures to mitigate or adapt to climate change.

Trade unions are doing whatever they can to bring attention to the social impacts of climate change and mitigation measures, reminding countries that the Kyoto Protocol (Art. 2.3 & 3.14) calls on governments

to minimize social impacts, especially on developing countries. As theyll [sic], the 2001 Marrakech Accords paved the way for social impacts in developing countries to be measured, assessed, reported and eventually integrated into the Kyoto Protocol.

In particular, trade unions are convinced that special attention must be given to workers and communities directly affected by climate change measures. They cannot expect workers to support the changes and sacrifices that might be necessary unless they are given clear evidence that justice and equity are built into the process. This is why they call for a 'Just Transition' in all national programmes. They believe that these could be the crucial factor – the 'lynch-pin' – of any government strategy to convince workers that their concerns are being taken into account.

As well, trade unions believe that the time has come to conduct a thorough evaluation of impact of liberalization, especially as it has contributed to massive job loss and insecurity due to mergers and restructuring. In particular, it has tended to discourage long-term investment in renewable energies and energy-efficient technologies, and appears to contribute to increased consumption. The generation and distribution of energy must be considered as vital public services that meet planned, regulated objectives relating to Kyoto, at the same time as they guarantee fair, equitable access to energy.

Capacity-Building: UNFCCC Article 6 Activities

Trade unions welcome decisions at COP 10 to promote action on Article 6, the section of the UNFCCC that addresses capacity-building in the form of education, training, public awareness, participation, information access and international cooperation.

They believe that increased attention to education is critical to reforming the patterns of production and consumption that are contributing to global climate change. They are the basic ingredients for building political momentum for change that will grow out of an informed and politically active population, and they will therefore be expanding their efforts to engage in capacity-building in the form of education and training. They will also be looking for further support to capitalize on the learning that has taken place through projects and best practices.

Towards this end, trade unions held a three-day trade union training session on Clean Development Mechanisms (CDM's) during COP 10 for Latin American trade unionists Attending [sic] the workshop leaders and activists from Argentina, Brazil, Chile, Peru, Uruguay, Venezuela, Spain, Belgium and Canada.

Trade unions believe that training events such as these will have a positive effect on the capacity of trade unionists to participate in the design and implementation of these mechanisms in South America, where so many CDM's are being proposed. Participants are already looking forward to greater involvement with their employers and governments as full participants in consultation and planning. The Seminar was organized and sponsored by SUSTAINLABOUR, a new labour foundation dedicated to promoting trade union interests in sustainable development.

CDM's can play a significant role in promoting Greenhouse Gas (GHG) reductions in South America. However, workers' interests need to be protected with trade unions playing a more direct role in the design and monitoring of projects.

Capacity-Building: The Trade Union Country Profile Database

Besides their role in education and training, trade unions will make a contribution to climate change programmes through their extensive networks and organizational structures. Our 2 million collective agreements in almost every country in the world provide us with a unique opportunity to engage in joint workplace action on climate change projects with employers. These capabilities are strengthened by the fact that unions have developed thousands of committees and task groups, such as occupational health & safety committees through which thousands of activists address many of the same concerns that have arisen during COP 10.

Our trade union networks and central organisations allow us to share capacity and ideas with each other, and to have direct access to workers in every industrial sector in countries around the world. They have also developed elaborate networks and coalitions within the communities in which they work; in fact, trade unionists have taken leadership in these, because [of] the organizational capabilities that many other community groups do not possess.

One of our latest innovations in this regard has been a Country Profile information bank, on which we have begun to store and publish information on every country's performance on climate change and social issues. We have been able to store and synthesize large amounts of information from a number of sources, including governments, research institutes, international agencies, and our own members.

These country profiles allow us to produce reports, publish newsletters and bulletins, and provide information to courses and union meetings, as well as for specific actions and campaigns. Trade unions delivered a special Country Profile report to COP 10 which provided a country-by-country look at indicators that are of particular interest to trade unions; specifically those directed at the socio-economic security concerns associated with climate change, as well as adaptation and mitigation.

Trade unions are inviting government representatives and other actors in climate change meetings to provide inputs and suggestions to improve the effectiveness of these profiles. They will continue to improve this database after COP 10, and to produce a new and fuller version for COP 11 in one year's time.

Trade Union Priorities:

While trade unions are encouraged by the progress made during the first ten years of the UNFCCC, they intend to play an even stronger role in the implementation of climate change measures in the future. Trade unions will continue to have a presence in future COP's, as well as in such events as the Regional Workshops for Article 6 in Japan later in the year. As well, they look forward to assisting in the construction of an 'Article 6 Information Clearing House', as part of the Programme of Work established in 2001 at COP 8 in New Delhi, India.

At the same time, we will continue to work in the future of the UNFCCC to promote and strengthen the following priorities:

More meaningful involvement of civil society – Implementation of climate change programmes appears to be proceeding most rapidly wherever there is strong involvement of communities, trade unions and other groups in civil society. Recognising this, every effort must be made to allow more direct and meaningful involvement of trade unions and other groups in future Conferences and meetings of the Parties.

More concrete and measurable commitments from COP – Parties and stakeholders require a clear consensus on specific agreements and targets that will provide them with a clear sense of what needs to be done and the areas in which they can contribute to meaningful outcomes.

Attention to adaptation issues – While trade unions welcome the focus in COP 10 on adaptation and development issues, they want a better understanding of the implications for specific industrial sectors such as energy, transportation, construction, chemicals, mining, and metals, and for these to be addressed.

Technology transfer – The answer to climate change is not to be found in quick-fix, expensive, high-tech solutions – particularly where developing countries are concerned. Trade unions will support technological solutions that respond to democratic, workplace and community needs and decision-making.

Post-Kyoto action – Although the coming into force of the Kyoto Protocol represents a step in history, it was a first stage in the lengthy process of reducing GHG emissions. Much more precision is needed to define the steps in the following period. Discussions on the post-2012 commitment period should begin immediately to ensure that industrialized countries are ready to continue the process of carbon reductions.

Clean development mechanisms – Trade unions recognize the contribution that CDM's can make to mitigation of climate change within a sustainable development context. However, much more needs to be done to involve workers and trade unions in the design and implementation of projects, and to ensure the social benefits from these projects. As well, more attention must be given to meaningful community consultation and involvement.

A sustainable development framework – Decisions on climate change must include all of the aspects of sustainable development, and in particular, the social dimension, with a focus on poverty eradication through decent, secure employment. Core labour standards as defined by the ILO must be respected as a key condition.

A Just Transition – Workers and communities affected by climate change measures, as well as adaptation and mitigation programmes, must see clear evidence that their concerns are being addressed through programmes that provide socio-economic security during transition.

ANHANG II: IGB-POSITION ZUR COP 16 (2010)

Die 16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention fand 2010 in Cancún (Mexiko) statt. Der IGB legte ein Positionspapier mit konkreten Forderungen zum Text vor (ITUC 2010a), der in der Arbeitsgruppe für langfristige Zusammenarbeit (AWG-LCA, Ad Hoc Working Group on Long-Term Cooperative Action) verhandelt wurde.

Trade Union recommendations for Cancún's deliberations of the AWG-LCA

16th Conference of the Parties (COP16), United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), 29 November-10 December 2010

This document is available at http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/COP16_ITUC_Recommendations.pdf

COP 16 represents an opportunity for rebuilding trust in the UNFCCC process. The international trade union movement believes that governments can and must take decisions which will put us on the right track for reducing greenhouse gas (GHG) emissions, lowering vulnerability to climate change and ensuring a Just Transition to a low emission and climate resilient society.

Current pledges for reducing emissions and financing climate change policies are outrageously insufficient, and put the whole humanity at risk, above all the most vulnerable.

Trade unions will work hard for governments to strengthen them on the basis of our climate change statement (available at: http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/climat_EN_Final.pdf)

Trade unions believe that a balanced Cancún outcome requires not only ensuring a balance between progress in the Kyoto Protocol (KP) and the Long-Term Cooperative Action (LCA) working groups, or inside the LCA. A balanced outcome is also one which incorporates social and economic aspects of climate change as an integral part of each decision taken. Trade unions urge governments to send a message of hope to the world's workers and communities by adopting in Cancún the Just Transition language included in the Shared Vision section.

We call on governments to:

1. Incorporate references to the need for a „just transition which creates decent work and good quality jobs“ in Cancún decisions (footnote: All references to the 'negotiating text' in this document apply to AWGLCA/2010/14.)

INCLUDE paragraph 4 (page 5) in 'Chapter One' of LCA/14 to the decision for para 1-12 of the Shared Vision (recalling that all regional groups and Parties agreed to remove brackets to this paragraph in Copenhagen in its current wording)

„Agrees that [~~Realizing that~~] addressing climate change requires a paradigm shift towards building a low-emission society that offers substantial opportunities and ensures continued high growth and sustainable development, based on innovative technologies and more sustainable production and consumption and lifestyles, while ensuring a just transition of the workforce that creates decent work and quality jobs“

SUPPORT the inclusion in Cancún decisions of the preambular paragraph to the section on economic and social consequences of response measures of LCA/14 (page 60)

“Recognising the importance of avoiding and minimising negative impacts of response measures on social and economic sectors, promoting a just transition of the workforce, the creation of decent work and quality jobs, and contributing to building new capacities for both production and service-related jobs in all sectors, promoting economic growth and sustainable development”

On Adaptation (FCCC/AWGLCA/2010/INF.1)

2. Create an adaptation framework which considers social protection as a means for reducing vulnerability and enables stakeholders, including trade unions, to become adaptation actors.

ADD A REFERENCE TO SOCIAL PROTECTION as a policy able to build resilience of socio-economic systems, under para 4 (d) (Page 31 of LCA/14), or Page 11 of inf.:

*(d) building resilience of socio-economic and ecological systems, including through economic diversification, **creating and/or reinforcing existing social protection measures** (footnote: 1. Recommendation coming from the workshop organised under the Nairobi Work Programme on “Increasing Economic Resilience to climate change and reducing reliance on vulnerable economic sectors, including through economic diversification”, held in Cairo, April 2009) and sustainable management of natural resources*

3. Support a reference to the need to enhance engagement of stakeholders.

SUPPORT AND STRENGTHEN LANGUAGE ON STAKEHOLDERS’ INVOLVEMENT ON ADAPTATION in Paragraph 14 (page 36 of the Negotiating Text, or Page 6 of the draft text on adaptation)

13. Invites relevant multilateral, international, regional and national organizations, the public and private sectors, civil society and other relevant stakeholders to undertake and support enhanced action on adaptation at all levels, as appropriate, in a coherent and integrated manner, building on synergies among activities and processes, and to assist in the implementation of the Adaptation Framework [for Implementation;

On Mitigation

4. Recognise the gap between pledges being made by developed countries and the emission reduction commitments needed to remain below a 2°C increase in average global temperature and maintain a top-down approach to agree on emission reduction targets, recognising the need for a 25-40% reduction in GHG emissions from developed countries by 2020, based on 1990 levels.

On MRV

5. Establish a mechanism for measuring, reporting and verifying support from developed countries’ Parties to developing countries’ Parties.
6. Align mitigation MRV procedures for Annex I countries under the KP with those for developed countries under the LCA.
7. Establish a better mechanism for measuring, reporting and verifying supported national mitigation actions in developing countries, including through the identification of ‘core aspects’ to be reported in between national communications, which should become more regular.
8. Recognise the role of trade unions and workers’ rights in the REDD-readiness phase

INSERT in the ‘safeguards’ section, under Paragraph 2 (Page 53)

Ensure the full and effective participation of forest workers and trade unions in the design and implementation of REDD and actions identified in paragraph 3.

9. Focus work on consequences of response measures on vulnerable communities

INSERT A REFERENCE TO CIVIL SOCIETY PARTICIPATION, including trade unions, if a forum was to be created

*[In para 4, option 1] Invite Parties, and relevant intergovernmental organisations, **and civil society organisations** to submit (...) their views...*

*[In para 4, option 3] Decides to establish a forum (...) for Parties and representatives of relevant intergovernmental **and non governmental** organisations, with participation from the scientific, financial and insurance private sector (...).*

On Finance, Technology & Capacity Building

10. Create a new fund which will facilitate sufficient funds to ensure climate justice – between developed and development countries, within countries and between generations. The fund should encompass existing initiatives and provide new, additional, adequate, predictable and sustainable financial resources, and ensure these will be channelled through the UNFCCC. The fund should facilitate innovation, research and development of green technologies, technology transfer to developing countries and promote the development of social protection schemes and public services.

11. Ensure this new fund contains provisions for guaranteeing transparency and civil society organisations' involvement

12. Decide on a mechanism to implement innovative and traditional sources of public finance, including options identified by the UN Advisory Group on Climate Finance (AGF)

13. Ensure the representation of civil society and trade unions as experts in the Technology Executive Committee (Ref: FCCC/AWGLCA/2010/INF.1)

INSERT A REFERENCE TO TRADE UNIONS (in bold below) under para 3 on the section on “Expert advice” (page 16)

*12. Decides that the Technology Executive Committee will proactively engage with intergovernmental and international organisations, as well as the private sector, **trade unions** and civil society and may invite advisors drawn from relevant intergovernmental and international organisations, as well as the private sector, **trade unions** and civil society, to participate as expert advisors to advise on specific issues as they arise.*

ANHANG III: IGB-POSITION ZUR COP 22 (2016)

Die 22. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention fand von 7. bis 18. November 2016 in Marrakesch (Marokko) statt. Es handelte sich um die erste Konferenz nach dem Abschluss des Übereinkommens von Paris von 2015. Dieses war am 4. November, wenige Tage vor Beginn der Konferenz in Marrakesch, in Kraft getreten. Der IGB legte ein Positionspapier vor, das die Herausforderungen darlegt, die eine ernsthafte Umsetzung des Übereinkommens von Paris darstellt. Es wird hier wiedergegeben, da es zeigt, welche Richtung der IGB für die Entwicklung der Klimapolitik nach Paris für nötig hält.

Das Papier kann von der Seite des IGB heruntergeladen werden: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_contribution_to_unfccc_cop22_en.pdf (1.2.2017)

Trade Unions and Climate Change

ITUC Contribution to UNFCCC COP22, Marrakech, Morocco – 7 -18 November 2016

The times when climate action was raised as a job killer are behind us. Ambitious emissions reduction and adaptation policies are now recognised as vital to protect jobs, people and communities from the impacts of climate change, and investment is creating jobs in renewable energy, public transit, energy efficiency in buildings, sustainable agriculture, forestry, water and more.

We are living in a time of contradictions. A minority of corporate interests intends to benefit until the last minute from a socially unfair, environmentally-damaging and undemocratic system by obstructing change. Many governments bow to these interests while austerity policies, attacks on regulation and public services remain on the same governments' tables, even when those policies have proven to be disastrous and their countries face climate-aggravated crises.

For the past years, the international trade union movement has stood strong in calling for ambition from our political leaders on climate because we all know: "there are no jobs on a dead planet".

In 2015 government leaders from all over the world signed the Paris Agreement, which will regulate international climate action from 2020 onwards. For unions, every step that contributes to global governance in favour of rights, justice and solidarity – every investment in climate action is a welcome one. However, **we are conscious that the long-term objective governments have set for themselves and our societies of "staying well below 2°C in average temperature increase, and aiming at 1.5°C", will only be reached if concrete measures are taken to dramatically change our production and consumption patterns and if national emissions reduction objectives, in particular in developed countries, are reviewed with greater ambition, before 2018.**

Reaching the agreed goals will also require governments to deliver on their climate finance commitments and agree to provide more support so that everyone can contribute to the global effort. The Paris Agreement is one step in a long journey for protecting our climate.

This is not only a matter of principle – it is a matter of need: we need ambition to trigger sustainable investments and decent jobs at a time when we face historic levels of unemployment with half of the world’s workers either unemployed or in vulnerable employment, with two in five young people in this situation.

We know millions of workers and families still depend on a fossil-fuel-based economy for their jobs and livelihoods. They have generated the energy required for today’s prosperity. Governments and employers, with workers and their unions must sit together and commit to protect our future through a *just transition* strategy – a plan which guarantees decent work for all. The inclusion of a *just transition* in the Paris Agreement is an important first step.

Corporations who refuse to diversify their energy base instead set out to frighten workers. But fear will not deliver for working families in communities dependent on fossil fuels. Fear will just increase the costs of action and make the prospects for organising the transition we need to build together more difficult. A difficult set of challenges confront us. The imperative to make our societies compatible with all forms of life and with the restrictions of limited planetary resources must be met with national and international plans that must deliver on social justice and prosperity for all. The decisions by global leaders to meet the sustainable development goals by 2030 with the Paris agreement chart a course to a zero poverty, zero carbon world but this journey will only be realised when people act to make it happen.

1. The international trade union movement and climate change: some history

The commitment of the international trade union movement to this issue has its landmarks that underpin the progress made on climate change at the national and sectoral level.

The 2006 Assembly on Labour and Environment was the first statement of commitment of the international labour movement to tackle climate change (<http://www.sustainlabour.org/documentos/Resolution.Assembly.EN.pdf>).

This resolution constituted a key input into the ITUC Foundational Congress (Vienna, 2006) (http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_constitution.pdf), which would recognise in the Constitution the importance for trade unions to act on environmental issues. The 2nd ITUC Congress (Vancouver, 2010) went further on defining the policies for the labour movement and dedicated a full resolution to climate change which underscores the commitment to supporting a transformation of our societies allowing us to remain under the 2°C temperature increase goal; a goal which recognises the need for developed countries to take the lead in reducing emissions according to their capacity and responsibility; and the importance of linking climate action with jobs and decent work and the call for a *just transition* – these points were at the heart of the discussions (http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/CONGRESS_Decisions_EN.pdf, Page 65)

A further step was taken in 2012 at the 2nd Assembly on Labour and Environment (<http://www.sustainlabour.org/documentos/Trade%20Union%20Resolution%20on%20Labour%20and%20Environment.pdf>), a must-read for anyone involved or interested in the links between trade unions, climate and environment. Building on previous decisions, the Assembly detailed union commitments with the climate agenda: challenging employers and governments, making workplaces key in the transformation, linking climate action to new rights, and working in alliance with other movements to foster change. These are key features.

The United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) process was instrumental for structuring trade union inputs on climate change, and for energising a community of union leaders ready to take up the challenge of fighting for climate and workers’ justice. From a handful of unionists participating in COPs in the 1990s, union involvement grew to reach more than four hundred union leaders from all over the world in the key Summits of COP15 in 2009 and COP21 in 2015. However, numbers don’t tell the whole story. At the UNFCCC, trade unions developed a strategy, on the one hand raising our voices both in support of ambition on emission reductions and for climate financing for developing countries. In addition we advocated for govern-

ments to recognise the strong link between social justice, employment and climate change, and most importantly, commit to ensuring a *just transition* for workers affected by the transition to a zero-carbon economy. The Paris Agreement made an historic step in this direction.

In parallel, trade union actions around the world grew in number and ambition. A campaign launched in 2015 #Unions4Climate brought them under the same banner and shows commitments that go far beyond the lowest common denominator.

2. Our mission: social justice & decent work for all; our goal: a *just transition* for all workers & communities

The international trade union movement's engagement on climate change is based on the belief that trade unions have a vital role to play in improving the quality of jobs, in protecting jobs in existing workplaces and industries by demanding sustainable industrial transformation, organising workers in new decent jobs emerging from environmentally sound investments and policies and fighting for the *just transition* measures that will ensure we leave no one behind.

Jobs, industrial transformation and *Just Transition*

Industrial transformation is an imperative.

The industries of today are the foundations for the industries of tomorrow. The next 15 years will be critical. The opportunities for jobs are significant. So too are the challenges.

In order to have a chance to stay within the 2°C limit, and even more for the internationally agreed 1.5°C objective, emissions should be reduced to zero as soon as possible, and no later than between 2055 and 2070.

Entire economic sectors must transform their carbon footprint to reach that goal. All jobs must be made climate-compatible.

Jobs in energy, transport, construction, industry, agriculture and services – all sectors hold opportunities

Investment needed in infrastructure by 2030 is estimated to be up to USD 90 trillion. With infrastructure requirements in transport, energy, water systems and the built environment, this could mean USD 6 trillion per year on average over the next 15 years. This means jobs. With the right framework in place, we need to ensure those are decent jobs and that they contribute to building a fairer economic system as much as they provide the foundation to stay within planetary boundaries.

A 2010 study by the Millennium Institute for the ITUC showed that if just 12 countries invested two per cent of GDP each year for five years in major sectors, this could generate around 48 million jobs.

The ILO has found that most studies show a positive net employment effect of policies facilitating climate transition. Net gains are up to 60 million jobs, combining economic growth with environmental improvement.

Climate adaptation and resilience policies also offer opportunities for job creation and improvement, including, in the public sector, in particular at the municipal level, which should be strengthened to respond to the climate challenge.

While all sectors hold opportunities, the key to the transformation of our industries and our communities is energy – reliable, renewable energy. The estimates vary, but studies show that at least 80 per cent of current fossil fuel reserves will need to be left in the ground to meet the objectives of the Paris Agreement. Opponents to the transition to alternative energy sources cite their relative cost, but ignore health and pollution costs in our current energy dependency on fossil fuels – not to mention the hefty subsidies these fossil fuel businesses enjoy.

Universal access and democratisation of energy is needed if we are to achieve ambitious climate action. Energy, along with other common goods that belong to humanity (air, water), must be guaranteed for all and public oversight and administration are grave matters of public debate. Energy companies need to be restructured in order to allow for such democratic involvement of those affected and public oversight, including that of workers' participation.

New models of renewable energy driving decentralised systems of power generation and distribution are needed. Cooperatives established to meet community energy needs are increasingly seen as an option and often assisted by municipalities. Energy transition plans at the national and subnational levels need to be developed in ways that serve the public good, meet science-based emissions reduction targets, reduce energy poverty and facilitate cross-border cooperation in research and development. These plans should involve communities in decision making while ensuring that the energy transformation is equitable and sustainable according to the principles of a *just transition* and participatory democracy.

The transition towards a sustainable, zero-carbon society must provide a means to pivot decisively away from ecologically and socially destructive methods of fossil fuel extraction (as in the case of "fracking" for shale gas, tar oil exploitation, among others) towards renewable energy. It also requires prioritising the global common good against the profits of large fossil fuel companies that continue to promote the use of ever greater quantities of coal, oil and gas.

Education is key to raise global awareness of the climate emergency. It becomes urgent to increase the place of education to sustainable development (ESD) in all action plans and programs that aim to fight against climate change

We will leave no one behind

Despite the opportunities for jobs, there will be significant challenges for many workers and their communities. The ITUC is determined that no one be left behind and that the energy revolution be supported by *just transition* measures.

In addition to sustainable industrial transformation, we must ensure that the energy costs for private households and companies remain affordable in the transitional phase. The burden must be distributed fairly, taking into account pressures on low-income households and energy intensive industries where change will be felt most.

Unions want a clear vision of future industrial and energy options and the impact on workers. It is our job to fight for a transition that is just. In sectors where job losses are unavoidable, social partners (unions and employers) need to develop binding transition plans and strategies that offer new opportunities to employees and actively shape structural change.

Unions represent workers employed in the energy and fossil fuel sectors and in other areas that will be affected. While companies make the necessary changes to compete in an environmentally sustainable economy, **we must recognise the fears of people who believe they will lose their jobs. These workers are the backbone of many communities and they must be guaranteed a future.** Redeployment, the chance to further develop their skills and make a contribution in new sectors and secure pensions must be an integrated package of guarantees.

An economic conversion of this magnitude will require very robust research, innovation and training policies in order to facilitate adequate labour market adaptation. Vocational training and the package of transition policies should not be limited to a few wealthy countries. Decisions should be made in coordination with workers and trade union representatives. Trade unions demand financial support be made available so that developing countries can deploy *just transition* measures.

Transforming business and industries: A workers' right to know

All industries must use technologies and processes that contribute to a zero-carbon economy. All workers have a right to know what their employer is planning to ensure their jobs are secured through this transformation.

Unions will support dialogue in existing industries and organise workers in new industries. The formula for decent work includes mature industrial relations, fair wages, safe and secure work, and respect for workers' rights including dialogue.

We demand a *just transition*

This transformation of sectors and industries must be supported by *just transition* measures. Unions have played our role in UN negotiations and fought for these commitments. Now these are enshrined in the Paris Agreement. This means that carbon-dependent communities and workers must not be forced to bear the costs of change and that plans for industrial transformation in all sectors are developed. We have a right to a seat at the table as we act to stabilise the world's climate by moving toward a zero-carbon emissions future.

The challenge for unions is to be part of the dialogue that drives investment, shapes industries for sustainability and ensures decent work. Social dialogue, consultation, collective bargaining – workers have a right to be involved in the design of their future.

Workers and communities are on the frontlines of climate change, particularly in developing countries. They must lead the transition to a zero-carbon world. If the transition is to be fast and fair, they will need to see concrete plans for a future that, notwithstanding the threats, has both security and opportunity.

Transformation, however, is not only about phasing out polluting sectors. It is also about creating new clean industries, new jobs, new investment and the opportunity for a more equal and just economy. It is about community revitalisation and development so that, for example, the closing of a mine brings new investment, jobs and infrastructure, rather than leaving workers and their families jobless and stranded.

Concrete and transparent plans are necessary to give everyone certainty, from communities and workers to investors and employers. Workers have the right to know what these plans are and to help shape them.

These plans must be built on social dialogue (footnote: Social dialogue is a tripartite process between workers, employers and governments that exists in all countries where unions exist and at all scales, from the workplace to international negotiations. It includes formal processes of negotiation, consultation and information exchange and covers both economic and social issues.) involving workers, communities, businesses and governments, so people feel some power in shaping their working lives and their communities.

To deliver and build the social dialogue for a *just transition*, the ITUC and its partners are establishing a Just Transition Centre. The Centre will facilitate government, business, trade unions, communities, investors and civil society groups to collaborate in the national, industrial, workplace and community planning, agreements, technologies, investments and the necessary public policies.

Rights must be at the heart of any climate response

Climate policies – both those aimed at reducing emissions or those aimed at building resilience and adaptive capacity – must contribute to the realisation of human rights. This is a prerequisite for achieving the sustainability of climate policies: people will always stand with measures that improve the overall quality of life and their chances to live with dignity on our planet. Having rights integrated in climate policies is a condition for communities to contribute to broader social progress. Respect for indigenous peoples' rights and their self-determination, gender equality, workers' rights, and migrants' rights are fundamental for climate policies to support those who need them the most.

3. After Paris: Climate governance needs to be strengthened

A sound global climate regime is a critical part of the solution. Regulations, timelines, shared objectives, common rules – these are fundamental for ensuring that there are no free-riders, that a level playing field is built and that the most vulnerable are protected.

In Paris, unions mobilised for a climate agreement that would give us a chance to deliver a fair world for current and future generations. This requires governments: to raise their ambition on emissions reduction targets before and after the entry into force of the new agreement; and developed countries to provide clarity on the delivery of their climate finance commitments. All governments must recognise for the first time in a binding UN agreement that there is a requirement to protect workers and communities in the biggest policy-driven transition of our history by committing to putting in place *just transition* strategies.

None would challenge the Paris Agreement being considered a diplomatic success. That said, the goal it sets for the international community is not accompanied by clear targets and the means to make it achievable in the time available. Significant work is therefore needed both nationally and internationally to fill the gaps so that we protect people and the planet from climate change.

We must ensure the following:

- National contributions are comprehensive and incorporate aspects related to employment and *just transition*.
- The sound design of the five-year review cycles agreed in Paris, where national contributions are measured against each countries' responsibilities and capacities, and where civil society contributes to these assessments building the credibility of the system.
- Clear standards for measuring progress and reporting ensuring promises are realised.
- Climate finance commitments are delivered, including the mobilisation by developed country governments of USD 100 billion by 2020, and building on that sum to reach new, more ambitious commitments is critical for supporting developing countries in their development objectives.
- Funds are committed for financing *just transition* measures at the national, sectoral and regional level.
- Technology and knowledge transfer becomes a reality. Support for research and innovation in developing countries, including a substantial increase for research and development (R&D) budgets, is needed to ensure ownership and appropriateness of innovations, as well as preventing new forms of dependency.

4. Climate action – part of ambitious action for sustainable development

In 2015 the adoption of the Sustainable Development Goals (Agenda 2030) gives the international community a chance to build coherence across policy areas. Every effort must be made to avoid silos in national implementation. From a union perspective, ensuring Goal 8 on ensuring “Decent Work for All” requires alignment with climate objectives, so that every job created contributes towards climate protection and resilience.

The adoption by the International Labour Organization and its three constituents (governments, employers' and workers' representatives) of the “ILO Guidelines for a *just transition* towards environmentally sustainable economies and societies for all” is a major landmark in providing international guidance to governments and social partners willing to make a *just transition* a reality in their countries.

The need for all international agencies to align their policies with climate goals is needed to reach the Paris Agreement objectives. Trade agreements should not be used to hinder climate action or social progress.

The call for coherence is not limited to international levels. Social dialogue and planning are needed at the national level, in particular in developed countries to close the gap in emissions that prevent us from being on

a safe emissions trajectory. Unions are conscious that each decision on investment, infrastructure, employment, trade and taxation policies, among others, matters for the climate transition. Our commitment is to support these policies going in the right direction.

The struggle for climate justice touches all aspects of our societies. Therefore, working in cooperation with social movements, environmental, gender-based and indigenous groups, as well as with progressive allies in local governments and among employers, is crucial if we are to win this battle. The union movement is committed to strengthen alliances which support a deep transformation of our economic system into a fair, truly sustainable one.

5. COP22 three top priorities for trade unions on international climate governance:

#priority 1: Raise Ambition and Realise Job Potential of Climate Action

COP22 must deliver

- Concrete emission reduction initiatives before 2020
- Strong processes for reviews that increase national commitments, through the development of sound, democratic modalities for the agreed “facilitative dialogue” in 2018 which is to lay the ground for the five-year review cycles.

The agreed objective of staying below 2°C and aiming at not surpassing a 1.5°C increase in average temperature requires science, equity and fairness to be brought into the review exercise.

#priority 2: Deliver on Climate Finance and Support the Most Vulnerable

COP22 must deliver certainty on how climate finance commitments will be achieved so that there are sufficient resources for supporting communities’ resilience to the impacts of climate change and supporting efforts to reduce emissions and build a *just transition* to a zero-carbon economy. Current commitments to mobilise USD 100bn annually by 2020 should be a floor for post-2020 finance.

#priority 3: Commit to Securing a *Just Transition* for Workers and Their Communities

The Paris Agreement took a first step in securing the commitment to a just transition for workers. COP22 must consolidate it through a call to parties to incorporate *just transition* elements to their NDCs and recommend future work on this issue under SBI/SBSTA. This is essential to support the challenge of industrial transformation in all sectors and in particular jobs and livelihoods for workers in emission-intensive industries.

National Contributions supported by zero-carbon development roadmaps are critical for building a long-term vision for transforming our economy, as well as for driving sustainable investments. Factoring-in employment and *just transition* will align them with broader social aspirations in each country.

INFORMATIONEN ZUR UMWELTPOLITIK

„Informationen zur Umweltpolitik“ werden in unregelmäßigem Abstand vom Institut für Wirtschaft und Umwelt der AK herausgegeben und behandeln aktuelle Fragen der Umweltpolitik. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Bei Interesse an vergriffenen Bänden wenden Sie sich bitte an die Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der AK Wien.

- 150 *Wasser zwischen öffentlichen und privaten Interessen – Internationale Erfahrungen*
Wolfgang Lauber (Hrsg.), 2002
- 151 *Umwelthaftung – bitte warten. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Umwelthaftung – Wem nützt er wirklich?*
Werner Hochreiter (Hrsg.), 2002
- 152 *Das rechtliche Umfeld des Berichts von PricewaterhouseCoopers zur österreichischen Siedlungswasserwirtschaft*
Michael Hecht, 2003
- 153 *Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft*
Wilfried Schönböck et al., 2003
- 153/Band 1: *Länderstudie Österreich*, 2003
- 153/Band 2: *Länderstudie England und Wales*, 2003
- 153/Band 3: *Länderstudie Frankreich*, 2003
- 153/Band 4: *Überblicksdarstellungen Deutschland und Niederlande*, 2003
- 153/Band 5: *Systemvergleich vor europäischem und ökonomischem Hintergrund*, 2003
- 154 *Was kostet die Umwelt? GATS und die Umweltrelevanz der WTO-Abkommen*
Tagungsband, Wolfgang Lauber (Hrsg.), 2003
- 155 *Ausverkauf des Staates? Zur Privatisierung der gesellschaftlichen Infrastruktur*
Tagungsband, Wolfgang Lauber (Hrsg.), 2003
- 156 *Umweltschutz- und ArbeitnehmerInnenschutz- Managementsysteme*
Thomas Gutwinski, Christoph Streissler (Hrsg.), 2003
- 157 *Bestrafung von Unternehmen – Anforderungen an die kommende gesetzliche Regelung aus ArbeitnehmerInnen- und KonsumentInnensicht*
Tagungsband, Werner Hochreiter (Hrsg.), 2003
- 158 *Was kostet die Umwelt? Wie umweltverträglich ist die EU?*
Tagungsband, 2004
- 159 *Schutz von Getränkemehrwegsystemen – Aufarbeitung fachlicher Grundlagen anlässlich der Aufhebung der Getränkeziele durch den Verfassungsgerichtshof*
Walter Hauer, 2003
- 160 *Soziale Nachhaltigkeit*
Beate Littig, Erich Griesler, 2004
- 161 *Der „Wasserkrieg“ von Cochabamba. Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung einer Wasserversorgung in Bolivien*
Hans Huber Abendroth, 2004
- 162 *Hauptsache Kinder! Umweltpolitik für Morgen*
Tagungsband, 2004
- 163 *Verkehrsmengen und Verkehrsemissionen auf wichtigen Straßen in Österreich 1985 - 2003*
Österreichisches Institut für Raumplanung, 2004
- 164 *Einflussfaktoren auf die Höhe der Müllgebühren*, 2005
- 165 *Anteil des LKW-Quell-Ziel-Verkehrs sowie dessen Emissionen an gesamten Straßengüterverkehr in Wien*
Österreichisches Institut für Raumplanung, 2006
- 166 *Privatisierung des Wassersektors in Europa Reformbedarf oder Kapitalinteressen?*
Wolfgang Lauber (Hrsg.), 2006
- 167 *EU und Wasserliberalisierung*
Elisa Schenner, 2006

- 169 *REACH am Arbeitsplatz*
Die Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen
Tony Musu, 2006 (vergriffen)
- 170 *Feinstaub am Arbeitsplatz*
Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen
Tagungsband, 2006
- 171 *Luftverkehr und Lärmschutz*
Ist-Stand im internationalen Vergleich
Grundlagen für eine österreichische Regelung
Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht, 2006
- 173 *Welche Zukunft hat der Diesel?*
Technik, Kosten und Umweltfolgen
Tagungsband, Franz Greil (Hrsg.), 2007
- 174 *Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich*
Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess
Werner Hochreiter (Hrsg.), 2007
- 175 *Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr*
Karl Steininger et.al., 2007
- 176 *Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsbereich*
Tagungsband, Cornelia Mittendorfer (Hrsg.), 2008
- 177 *Die UVP auf dem Prüfstand*
Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments
Tagungsband, Cornelia Mittendorfer (Hrsg.), 2008
- 178 *Die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie in Österreich*
Tagungsband, Werner Hochreiter (Hrsg.), 2008
- 179 *Feinstaubproblem Baumaschine*
Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachsrüstung in Österreich, 2009
- 180 *Mehrweg hat Zukunft!*
Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich
Tagungsband, Werner Hochreiter (Hrsg.), 2010
- 181 *Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand*
England/Wales, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele
Thomas Thaler, 2010
- 182 *Aktionsplanung gegen Straßenlärm – wie geht es weiter?*
Tagungsband, Werner Hochreiter (Hrsg.), 2010
- 183 *Agrotreibstoffe – Lösung oder Problem?*
Potenziale, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte
Tagungsband, Christoph Streissler (Hrsg.), 2010
- 184 *LKW-Tempolimits und Emissionen*
Auswirkungen der Einhaltung der LKW-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm.
2011
- 185 *Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen*, 2011
- 186 *Green Jobs*
Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale
Studie, 2012
- 187 *Die Zukunft der Wasserversorgung*
Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung
Tagungsband, 2013
- 188 *Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen*
Tagungsbericht, 2013
- 189 *PKW-Emissionen zwischen Norm- und Realverbrauch*
Studie, Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner (Hrsg.), 2015
- 189a *Passenger Car Emissions: Standard and Real-World Fuel Consumption*
Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner, 2015
- 190 *Demokratierechtliche Analyse der privaten Rechtssetzung im Umweltrecht*
am Beispiel der Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL)
Konrad Lachmayer, 2016